

türkei information

Nr.43
Feb./März 1992
3,- DM

Die neue Regierung und Kurdistan

Seite 3



Protestaktion in Türkei-Kurdistan gegen Bombenangriffe der türkischen Armee.

Restauration oder Demokratisierung

Seite 5

Ist die Linke in ein Vakuum gestürzt?

Seite 7

*

Koalitionsvereinbarungen zwischen DYP und SHP

Seite 8

*

Die Situation der Studierenden in der Türkei

Seite 13

EDITORIAL

Seit 12 Jahren erscheint, früher zum Teil in unregelmäßigen Abständen, die Türkei Information. Seit einem Jahr machen wir die Zeitung im DIN A4 Format und in diesem Jahr haben wir es tatsächlich geschafft, regelmäßig alle 2 Monate zu erscheinen. Nur dieses Mal hat es nicht geklappt. Wir sind einen Monat zu spät dran, und dafür entschuldigen wir uns bei allen Leserinnen und Lesern.

Im Januar ist in der Türkei und Türkei-Kurdistan viel geschehen. Einen Teil dessen haben wir versucht durch kurze Meldungen in die Zeitung hineinzubringen. Leider war es nicht möglich, im Januar Nachrichten aus 'Cumhuriyet' zu übersetzen. Eine Zusammenfassung der Entwicklung von Anfang 1992 an werden wir in der nächsten Ausgabe, die Mitte April erscheinen wird, veröffentlichen.

Das, was als Krise der Linken weltweit bezeichnet wird, ist auch an der Solidaritätsbewegung mit den Völkern der Türkei und Türkei-Kurdistans nicht spurlos vorbeigegangen. Unsere Arbeit ist es, möglichst aktuelle Informationen, Nachrichten und Einschätzungen zu veröffentlichen und somit Grundlagen für die Solidaritätsarbeit zu schaffen. Bei dieser Arbeit sind wir auf "freie

MitarbeiterInnen" angewiesen, die für uns Übersetzungen machen, Artikel und Fotos zuschicken oder sich auch um den Verkauf der Zeitung im ganzen deutschsprachigen Raum kümmern. Diese Unterstützung ist in der letzten Zeit immer weniger geworden. Und wir befürchten, daß aufgrund der vermeintlichen Veränderungen in der Türkei diese Unterstützung noch mehr nachlassen wird. Deshalb verweisen wir schon im Editorial auf den Kommentar von E.A., einem Redaktionsmitglied der Zeitschrift Devrimci Isci, im Anhang an den Artikel 'Restauration oder Demokratisierung'.

Trotz der Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus im vereinigten Deutschland ist internationale Solidarität wichtiger denn je. Sie ist in der Unterstützung von anti-imperialistischen Befreiungskämpfen und mit der praktischen Solidarität und Diskussion mit MigrantInnen und Flüchtlingen unter Beweis zu stellen.

Wie schlecht es um das Bewußtsein für diese Solidarität bestellt ist, zeigt auch das Ergebnis unseres Spendenaufrufes in der letzten Ausgabe: Es ging um die finanzielle Unterstützung der aus der Haft entlassenen politischen Gefangenen in der Türkei. Auf das Sonderkonto ist keine einzige Mark überwiesen worden!

Um Solidaritätsarbeit leisten zu können, bedarf es der Information. Um diese Informationen zu veröffentlichen, brauchen wir Unterstützung:

- durch die Zusendung von Artikeln und Fotos
 - durch Sammelbestellungen für den Weiterverkauf
 - durch Abonnements
 - durch Spenden auf unser Konto.
- Türkei Information
S. Hasselbring
Postgiroamt Hannover
Kto.-Nr. 569 725 - 304
BLZ 250 100 30**

ICH MÖCHTE DIE TÜRKEI INFORMATION ABONNIEREN!

Name:.....

Anschrift:.....

KOPIEREN UND ABSCHICKEN AN:

Türkei Informationbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91

+
ABO-GELD ÜBERWEISEN:

Postgiroamt Hannover
Ktn.: 569725 - 304 BLZ: 250 100 30

Türkei Information, erscheint 6 Mal im Jahr,
Jahresabopreis DM 25.-, Förderabo: Ab DM 30,-

DIE NEUE REGIERUNG UND KURDISTAN



Protestaktion in Türkei-Kurdistan gegen Bombenangriffe der türkischen Armee.

Die Kurdistan-Frage ist in den 90er Jahren eines der grundlegendsten Probleme der Türkischen Republik. In den ersten Tagen des Jahres 1992 bestimmt die kurdische Frage auch viele andere gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Als solche wurde sie zu einem wichtigen Faktor, der das Schicksal der neuen Regierung bestimmt.

Der seit 1984 von der PKK geführte bewaffnete Kampf hat zu einem nationalen Erwachen des kurdischen Volkes geführt. Dieses Erwachen hat dazu geführt, daß Menschen, die sich selbst KurdInnen nennen und für die nationalen Rechte des kurdischen Volkes kämpfen, als Abgeordnete in das Parlament einziehen konnten. Ca.20 solcher Abgeordneten gibt es in der SHP, die den einen Teil der neuen Koalitionsregierung stellt.

Es ist interessant, daß es in einer Regierungspartei Abgeordnete gibt, die von der PKK unterstützt werden.

Abgeordnete, die von den Massen gewählt wurden, die von der PKK geführt werden.

In einer Regierung, für die die PKK eine Terrororganisation ist und für die die PKK als Gesprächspartnerin nicht in Frage kommt.

Die neue Regierung braucht die Unterstützung dieser Abgeordneten, um überhaupt regierungsfähig zu sein. Diese Abgeordneten wiederum brauchen die neue Regierung, um zu verhindern, daß die Kurdistan-Frage nicht militärisch gelöst wird.

Die früheren Regierungen hatten demgegenüber eine Politik des Terrors verfolgt. Sie haben versucht, alle, die in Kurdistan zu leben, durch eine Pazifizierungspolitik und durch Repressionen an den Staat zu binden. Zu diesem Zweck haben sie Spezialorganisationen und -institutionen geschaffen, die nur für Türkei-Kurdistan zuständig sind. Als sie merkten, daß dies in eine Sackgasse führte, versuchten sie eine Politik zu entwickeln, die zwischen die KurdInnen und die PKK einen Keil treiben sollte, und lockerten einige der Verbote, die die KurdInnen betrafen. Insbesondere Staatspräsident Özal bemühte sich, die Armee und andere Staatsorgane von der Notwendigkeit dieser neuen Politik zu überzeugen.

Jedoch erreichte auch diese Politik nicht die gewünschten Ziele. Die PKK konnte nicht nur den militärischen Vernichtungsfeldzügen standhalten, sondern sie wurde auch politisch stärker. Das politische Gewicht der PKK hat sich während des Wahlkampfes deutlich gezeigt.

Die neue Regierung setzt die Politik Özals mit unwichtigen Abweichungen fort. Regierungsvertreter besuchten sofort Kurdistan, nachdem die neue Regierung die Vertrauensabstimmung im Parlament bestand. Regierungspräsident Demirel, sein Vize İnönü, viele der neuen Minister und die Kommandanten der türkischen Armee haben zwei Tage lang Kurdistan bereist und versucht, eine Nähe zu

den kurdischen Massen herzustellen. Während dieser Reise erklärte Demirel zum ersten Mal, daß die kurdische Realität von ihnen anerkannt würde. Dieser Erklärung folgte das Statement des Kulturministers (SHP), die neue Regierung würde die kurdischen Filme zulassen und ein Institut für Kurdologie einrichten.

Die Betrachtung der Kurdistan-Frage durch die neue Regierung ist im wesentlichen eine Wiederholung der Politik Özals. Aber die neue Regierung will die Politik, die die PKK in die Isolation treiben sollte, realisiert wissen, ohne daß die kurdischen Massen davon betroffen werden. Die alte Regierung machte keinen Unterschied zwischen den Massen und der Guerilla. Der Erfolg der neuen Regierung hängt davon ab, inwieweit es ihr gelingen kann, über die speziell für Kurdistan geschaffenen Institutionen eine Kontrolle herzustellen. Auch die Armee, die Spezialeinheiten, die Dorfschützer und der Supergouverneur für Kurdistan müßten dieser Politik zustimmen.

Die Haltung dieser Kräfte offenbarte sich erst am 24. Dezember 1991. Spezialeinheiten schossen auf eine 5000-köpfige Menge, die an einer Bestattungsfeier für ermordete PKK'ler teilnehmen wollten. 8 Menschen starben. Diese Aktion war auch eine Warnung der Armee und der Spezialeinheiten an die Adresse der neuen Koalitionsregierung!

Auf diesen Akt des Staatsterroris-

mus reagierte die PKK mit zwei Aktionen:

Am 25. Dezember warf eine Gruppe von Kurden in Istanbul Molotow-Cocktails in das Kaufhaus des Bruders des Gouverneurs für Kurdistan. (Siehe Nachrichten aus Cumhuriyet.) Infolge dessen kamen 11 Menschen um, darunter ein 2-jähriges Kind. 40 weitere wurden verletzt.

In der selben Nacht griffen etwa 250 PKK-KämpferInnen eine Militärstation in der Nähe der irakischen Grenze an und töteten 9 Soldaten, darunter 3 Offiziere.

Die Aktion in Istanbul ist deshalb bedeutend, weil sie die erste vergleichbare Aktion der PKK im Westen der Türkei war. Und weil dabei die Zivilbevölkerung getroffen wurde.

Mit dieser Aktion wollte die PKK der neuen Regierung folgendes deutlich machen: Sollten nicht grundlegende Schritte in Richtung einer politischen Lösung der Kurdistan-Frage eingeleitet werden, sollte die PKK nicht als politische Gesprächspartnerin akzeptiert werden und die Spezialorganisationen des Staates in Kurdistan nicht aufgelöst werden, werden, wird der Krieg auf die gesamte Türkei ausgelehnt.

Die Führung der PKK rief in einem BBC-Interview am 25. Dezember die neue Regierung zu politischen Gesprächen auf und unterstrich die obige Aussage.

Jedoch schafft der Angriff in Istanbul, wo unbeteiligte Menschen getötet wurden, Tatsachen, die der Staat, die Regierung und die reaktionären und faschistischen Kräfte gegen das ganze kurdische Volk ausspielen können. Staatspräsident Özal hat nach dieser Aktion eine eindeutige Erklärung abgegeben und den kurdischen Abgeordneten im Parlament gedroht. Der Faschistenführer Türkes rief die Türken auf, sich für den Krieg gegen die Teilung des Vaterlandes vorzubereiten. TÜRK-İS, die größte Gewerkschaftsföderation, gab zusammen mit Arbeitgeberverbänden eine Erklärung ab, in der die Verhinderung des Terrors gefordert wurde. (Seit längerem hatten die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften keine gemeinsamen Erklärungen abgegeben.) Am 27.12. griffen Abgeordnete der DYP die kurdische Abgeordnete der SHP im Parlament an. (siehe Nachrichten aus Cumhuriyet.)

Demirel und İnönü verfolgen dabei eher eine vorsichtige Linie, damit die Ereignisse die Koalition nicht zum Platzen bringen.

Ende Dezember 1991 hatte die Kurdistan-Frage einen Stellenwert erreicht, in der alle anderen politischen Probleme sich um sie herum polarisierten. Özal und die ANAP heben diese Frage hervor, um die Koalition zum Scheitern zu bringen. Die Spezialeinheiten, die Armee und faschistische Kräfte im Staatsapparat bekämpfen die KurdInnen weiterhin mit terroristischen Methoden, um Demirel, und besonders die SHP, dazu zu bewegen, einen Schritt zurückzugehen. Die zivil-faschistischen Kräfte lehnen jegliche Reformen bezüglich Kurdistan entschieden ab. Sie versuchen einerseits ein Bündnis mit der Armee herzustellen und andererseits ihre Massenbasis zu erweitern, indem sie den türkischen Chauvinismus schüren.

Die Regierung ist dagegen im Zugzwang: Weder schafft sie es, die PKK zu isolieren, noch kann sie Reformen unternehmen, die viele Menschen in türkisch Kurdistan zu Frieden stellen könnten. Es hat den Anschein, daß die Regierung jetzt nur versucht Zeit zu gewinnen.

Die Haltung der Armee und der Spezialeinheiten, die eigentlich der Regierung unterstehen, in Wirklichkeit aber einen Staat im Staat bilden, ist für die Zukunft bedeutend. Die Spezialeinheiten trieben die Spannungen in die Höhe, indem sie bei Begräbnisfeierlichkeiten auf die Menschen schossen. Ob die Angriffe der Spezialeinheiten in Kulp und Lice, zwei Vororten Diyarbakirs, Teil eines Planes zur Spaltung der Koalition von DYP und SHP sind oder ein von einem solchen Plan unabhängiges Vorgehen, bleibt offen. Mit einer Fortsetzung der Angriffe der ContraGuerrilla und der Provokationen der Spezialeinheiten, sowie der Intensivierung der Drohungen gegen die HEP-Abgeordneten, sind konkrete politische Überlegungen verbunden:

- 1) Die eigentlichen Machtorgane sind zu weiteren Zugeständnissen in der Kurdistan-Frage nicht bereit und wollen sich nicht unter die Kontrolle der Regierung begeben.
- 2) Entweder versuchen sie, die neue Regierung zu Rückschritten zu bewegen, oder aber die Türkei auf eine andere Regierung vorzubereiten.

Die letztere Möglichkeit scheint zur Zeit unwahrscheinlich zu sein. Wenn erreicht wird, die Abgeordneten der HEP, die jetzt für die SHP in der Regierungskoalition sitzen, aus der SHP herauszuspalten, wird die DYP-SHP Koalition leichter beeinflussbar sein. Und man kann auch leichter gegen die PKK vorgehen.

Die Kurdistan-Frage bildet zur Zeit die Schwachstelle der neuen Regierung. Das Schicksal der neuen Regierung hängt von ihr ab.

Der Staatsterror gegen die KurdInnen hat unter den kurdischen Bevölkerung von Zeit zu Zeit Reaktionen hervorgerufen, die auch gegen das türkische Volk gerichtet sind. Die Zahl derjenigen, die eine Türkenfeindlichkeit predigen, nimmt mit der Zeit zu. Es gibt keine Maßnahme, die die PKK-Führung gegen diese Tendenz getroffen hätte.

Demgegenüber stellen die Staatsmacht und die reaktionären und faschistischen Kräfte das Problem als einen Krieg zwischen Türken und Kurden dar. Mit einer völlig auf Lügen und Demagogie basierenden Propaganda wird die Kurdenfeindlichkeit innerhalb des türkischen Volkes geschürt. Besonders in den letzten Monaten haben derartige Erklärungen und Veröffentlichungen zugenommen. Es entwickelt sich etwas, was nicht nur Chauvinismus ist, sondern sich zu direkter und gefährlicher Kurdenfeindlichkeit entwickelt. Die zivil-faschistischen Kräfte versuchen an Gewicht zu gewinnen, indem sie dieses Problem derart darstellen.

Aufgrund ihrer Schwäche können Linke, demokratische Kräfte und Revolutionäre nicht entscheidend in diesen Prozeß eingreifen, um solch eine gefährliche Polarisierung, über die Forcierung des Chauvinismus, zu verhindern. Dabei spielt nicht nur die Schwäche der Linken eine Rolle, sondern auch die Tatsache, daß eine richtige Politik in der Kurdistan-Frage nicht entwickelt werden konnte.

Wenn nicht stabile Barrieren gegen die Forcierung einer Kurdenfeindlichkeit unter dem türkischen Volk und den Werktätigen errichtet werden können, wird es zu blinden Auseinandersetzungen zwischen den beiden Völkern kommen. Die Verantwortung hierfür wird auf den Schultern der fortschrittlichen und linken Kräfte beider Völker liegen.

Auch die europäischen Demokraten und Sozialisten werden hoffentlich ihre Verantwortung in einer Welt sehen, die so klein geworden ist.

Restauration oder Demokratisierung?

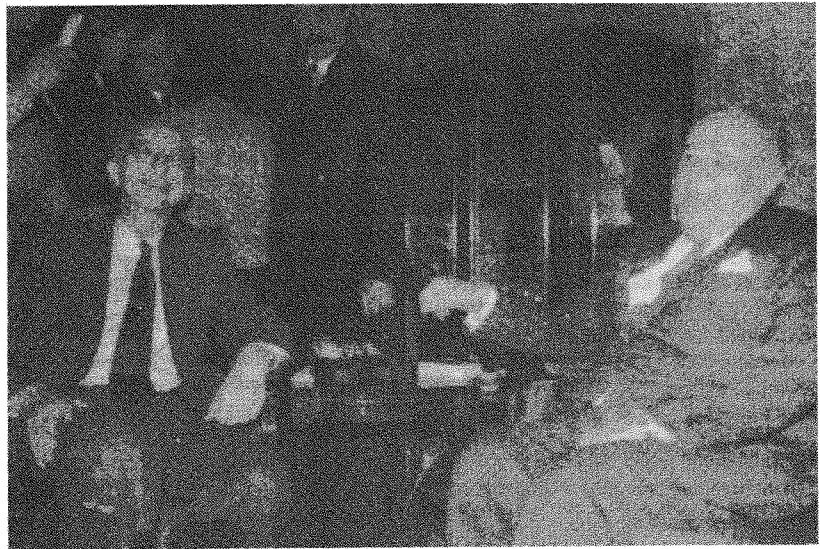
Das am 20. Oktober gewählte Parlament hat eine neue Regierung gebildet. Die als mitte-rechts eingestufte DYP (Partei des richtigen Weges) und die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) haben sich in der dritten Novemberwoche über das Programm einer Koalitionsregierung verständigt. Diese Regierung bestand die Vertrauensabstimmung im Parlament und widmet sich ihren Geschäften.

Sowohl in der Türkei als auch im Ausland erntete die neue Regierung zunächst einmal positive Reaktionen. Im Ausland, besonders in Deutschland und den EG-Ländern steht man der neuen türkischen Regierung mit Wohlwollen gegenüber. Ein Grund dafür ist ihre Absichtserklärung die Menschenrechtskonventionen einzuhalten. Ein weiterer Grund ist, daß die neue Regierung ihre Politik gegenüber der EG und den USA gleichgewichtiger gestalten möchte. Die Regierungen nach 1980 legten keinen besonderen Wert auf Europa.

Ein dritter Grund ist folgender: Die Türkei, Nachbarland der auseinandergefallenen Sowjetunion sowie der Länder des krisengeschüttelten Nahen Ostens und des Balkans, wird zu dieser Zeit der Durchsetzung der neuen Weltordnung von zwei Parteien regiert, die dem Westen treu ergeben und den westlichen Idealen verbunden sind. Dies bildet die Grundlage für die aktive Unterstützung der neuen Regierung durch Europa.

Es ist bekannt, daß auch die USA der neuen Regierung wohlgesonnen sind – wenn auch nicht in dem Maße wie Europa. Die USA hätten eine Koalitionsregierung mit der DYP und der ANAP, Özals Partei, vorgezogen, aber dies konnte (trotz in diese Richtung gehender Empfehlungen der USA) nicht verwirklicht werden.

Auch die türkische Öffentlichkeit hat positiv auf die neue Regierung reagiert. Die Gesellschaft der Türkei reagierte erleichtert darauf, daß zwei Parteien, die seit 45 Jahren im Streit lagen, die sich von Zeit zu Zeit zum Feind erklärten, sich nun zusammengetan haben, um gemeinsam die bestehenden Probleme



Demirel (DYP) gratuliert İnönü (SHP) zur Wiederwahl als Parteivorsitzenden.

der Türkei zu lösen. Durch etwas Manipulation von oben wurde die Türkei in eine "festliche" Atmosphäre gedrängt. Eine der einflußreichen Tageszeitungen verkündete

z.B. das Programm der Koalitionsregierung unter der Überschrift "Wie eine Revolution".(1)

Wenn man sieht, daß einige Zeitungen und Zeitschriften die neue Regierung als eine Regierung der nationalen und der gesellschaftlichen Versöhnung charakterisierten, daß Gewerkschaften, Vereine, Bauernorganisationen, Anwältevereinigungen und einige Verbände der Arbeitgeber das Programm der neuen Regierung als positiv einstufen, wird deutlich, daß mindestens 60% der Bevölkerung das Bündnis zwischen der DYP und der SHP unterstützen.

Hinter den Hoffnungen, die breite Teile der Bevölkerung mit der neuen Regierung verbinden, steckt nicht nur die Tatsache, daß einige der Versprechen der neuen Regierung den Erwartungen und Wünschen der breiten Massen entsprechen, sondern auch, daß die Menschen die Repressionspolitik der letzten 11 Jahre, die offen, halbverdeckt oder in ziviler Erscheinung praktiziert wurde, einfach satt haben.

Die Erklärungen der neuen Regierung, wonach sie die Verfassung und die anderen Gesetze nach den

BONN IST MIT DER NEUEN REGIERUNG ZUFRIEDEN

Der deutsche Botschafter in der Türkei Eickhoff erklärte, daß die Haltung Ankaras zu Menschenrechten und Demokratie ermutigend sei.

Dies würde sich positiv auf die gegenseitigen Beziehungen auswirken. Zum Thema PKK erklärte Eickhoff: Die PKK erpresst in Deutschland von den türkischen Landsleuten Spenden. Diese Menschen, deren Familien bedroht werden, wenden sich nicht an die Polizei. Dadurch ist es für uns sehr schwierig, Untersuchungen durchzuführen und die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Wenn es sich herausstellte, daß die PKK in Deutschland Drogen schmuggelt, würde mich das nicht wundern.

Cumhuriyet vom 14.12.91

Prinzipien der KSZE-Schlußakte und des Pariser Abkommens auf ein Neues verändern will, die Folter beenden, Meinungs- und Organisationsfreiheit gewährleisten, schließlich die Schließung des Eskisehir-Spezialgefängnisses, sowie die Einleitung neuer Schritte für Türkei-Kurdistan, werden positiv zur Kenntnis genommen.

Nach 11 Jahren Repression und Terror nehmen die Menschen eine hoffnungsvolle Erwartungshaltung ein.

Entscheidend für die politische Entwicklung werden die Antworten der neuen Regierung auf die Erwartungen der unteren Schichten und der Mittelklassen sein.

Andere Faktoren sind folgende: Die Beziehungen der Türkei zum Imperialismus (das Maß der Integration der Türkei in die neue Weltordnung), ob das monopolistische Großkapital die Maßnahmen der neuen Regierung unterstützen wird oder nicht, ob die eigentliche Staatsmacht zustimmen wird, daß das Parlament auch im Machtblock eine Funktion erhält, ob ökonomische Reformen zur Verbesserung der Lebenssituation in Angriff genommen werden oder nicht, und schließlich, welche Politik in der Kurdistan-Frage verfolgt werden wird und welche Haltung die KurdInnen gegenüber dieser Politik einnehmen werden...

Obwohl all die aufgezählten Faktoren fest aneinander gebunden sind, sieht es so aus, daß in dieser Phase die politischen und rechtlichen Regelungen eine besondere Rolle spielen werden.

Eines ist in Erinnerung zu rufen:

Sowohl ein Teil der Linken als auch die Sozialdemokraten und die mitte-rechts Strömung, die den Erfordernissen des Jahrhunderts gerecht zu werden versucht, verbinden mit dem Wort Demokratisierung die formale bürgerliche Demokratie – eine dem europäischen Standard angepaßte politische und rechtliche Ordnung. In der Türkei wurde dies bisher von den traditionellen politischen rechten und linken Strömungen entweder "freies parlamentarisches Regime" oder "parlamentarische Demokratie" genannt. Diese Definitionen bezeichnen in der Türkei eine Struktur, bei der Repression und terroristische Maßnahmen als Herrschaftsmethoden vom Staat gebraucht werden, während das Parlament nur scheinbar über Entscheidungsgewalt in der Staatsführung verfügt. Hier stimmt der Begriff mit dem, der in Europa verwandt wird, nicht überein.



10.000 Angestellte demonstrierten am 19. Januar 1992 für Tarifverhandlungen und Streikrecht.

In dieser von der Revolutionären Bewegung als verdeckter (institutioneller) Faschismus eingestuft Struktur konnten sowohl verschiedene Fraktionen der Bourgeoisie als auch die werktätigen Massen einige demokratische Rechte und Freiheiten in Anspruch nehmen. Deswegen konnte in dieser Struktur auch das Parlament zur Lösung der Probleme der herrschenden Klassen beitragen.

In den Phasen des offenen Faschismus wurde das Parlament dieser Funktion beraubt. Entweder es wurde geschlossen oder es wandelte sich in eine simple Fortsetzung des Militärregimes. Die existierenden demokratischen Rechte und Freiheiten wurden abgeschafft. Die traditionelle Rechte (die politische Linie der jetzigen DYP) und die traditionelle Linke (die Vorreiter der jetzigen SHP) bezeichneten solche Phasen als Übergangsregimes. Ein Übergangsregime ging zu Ende, wenn die Militärregierung sich zurückzog. Übrig blieb die Aufgabe, einige extreme Maßnahmen des Übergangsregimes aufzulockern. Diese Aufgabe wurde dann in einer Zeit erfüllt, in der die Befugnisse des Parlaments zunahm. So rückten faschistische Machtinstitutionen, die innerhalb des Staates organisiert waren, in den Hintergrund.

Das Vorgehen nach dem Militärputsch von 1980 unterschied sich von dem eben gesagten in mancher Hinsicht: Die Putschisten hatten diesmal den gesamten Staat von oben nach unten faschisiert und dies mit Gesetzen und in neuen Institutionen institutionalisiert. In dieser als "Regime des 12. September" bezeichneten Ordnung war die Rolle des Parlaments bei der Ausübung der Macht völlig sekundär; die Macht wurde in Institutionen außerhalb des Parlaments institutionalisiert. Demokratische Regierungsformen hatten bei der Fortsetzung der Herrschaft eine untergeordnete Rolle.

Das Regime des 12. September hielt so bis heute an.

Die nach den Wahlen vom 20. Oktober gewählte Regierung möchte nur die Befugnisse der eigentlichen Machtorgane begrenzen und die des Parlaments erweitern. So soll eine neue politische Struktur geschaffen werden ohne die Grundlagen des Regimes des 12. September anzutasten. Diese Operation nennt sie dann Demokratisierung.

Ohne Zweifel kann die von der neuen Regierung angestrebte politische Struktur, verglichen mit dem Regime des 12. September, als liberaler und vielleicht sogar demokratischer angesehen werden.

Man täte sich schwer, diese neue Struktur mit dem Begriff der Demokratisierung zu charakterisieren. Demokratisierung unter den Bedingungen der Türkei würde im engeren Sinne eine völlige Loslösung, einen Bruch, mit dem bestehenden Staats- und Verwaltungsapparat in institutioneller, politischer, personeller und anderen Hinsichten umfassen.

Die Koalitionsregierung von DYP und SHP hat dagegen sofort eine harmonische Zusammenarbeit mit zweien der eigentlichen Machtorgane des bestehenden Regimes aufgenommen: dem Staatspräsidenten und dem Nationalen Sicherheitsrat. Sie hat nicht den institutionellen Bruch mit der bisherigen Struktur vorgenommen, sondern demgegenüber die Integration in sie vorgezogen. Sie konnte nicht einmal einen ernsthaften Führungswechsel in den staatlichen Organen vornehmen. Und es wird auch nicht erwartet, daß sie dies tun wird.

Auch im weiteren Sinn des Wortes hat das Programm der neuen Regierung mit Demokratisierung nichts zu tun. Es zielt nicht darauf eine faschistische, repressive und autoritäre Ordnung mit der AKTIVEN UNTERSTÜTZUNG UND PRAKTISCHEN BETEILIGUNG der Massen VON UNTEN zu stürzen – einen politischen und institutionellen Bruch mit dem

vorherigen Regime zu vollziehen – und anstelle dessen eine neue politische Struktur zu schaffen, in der sich von den Massen kontrollierte demokratische Mechanismen herauskristalisieren und der Staat der Kontrolle aller Kreise der Gesellschaft geöffnet wird.

Wirkliche Demokratisierung würde all das umfassen, was vorstehend ausgedrückt wurde. Nicht einem europäischen Standard entsprechend, oder ihnen ähnliche Neuregelungen von Übergangscharakter, sondern einem Prozeß der Aktion und Emanzipation entsprechend, in dem die Massen ihr eigenes Schicksal selbst in die Hand nehmen.

Das Programm der DYP-SHP Koalitionsregierung kann keine Demokratisierung in diesem Sinne sein. Was die Koalition erreichen

will, muß als eine stark begrenzte und eingeschränkte Form der bürgerlichen Demokratie erkannt werden. Selbst dies müßte als Erfolg eingestuft werden, wenn es überhaupt erreicht wird.

Das Programm der Koalitionsregierung entspricht daher einem Restaurationsprogramm, das die Grundlagen des bestehenden Regimes nicht antasten wird.

Selbst diese Restauration wird ohne die aktive Unterstützung der Regierung durch die Massen nur schwer durchzuführen sein. Es ist ungewiß, in wieweit es dem Parlament überhaupt möglich sein wird, die Befugnisse der eigentlichen Machtorgane einzuschränken.

Ein weiteres Hindernis vor einer Restauration des bestehenden Regimes liegt im ökonomischen Bereich. Die neue Regierung wünscht die Inanspruchnahme der Finanz-

quellen des Landes und des Staates durch einen breiteren Teil der herrschenden Klassen. Auch durch die Teile, die nach dem Militärputsch aus der herrschenden Oligarchie hinausgedrängt wurden. Aber es sieht so aus, als ob die Großbourgeoisie dem nicht zustimmen wird. Wenn die Regierung eine neue Zusammensetzung des herrschenden Klassenbündnisses mit breiterer Basis nicht erreicht, wird auch ihr Restaurationsprogramm scheitern.

All dies zeigt, daß, losgelöst von einer Demokratisierung, selbst die Restauration des Regimes des 12. September im Rahmen eines bürgerlichen Programms schwer zu erreichen sein wird. Trotzdem muß die gegenwärtige Koalitionsregierung als eine Restaurationsregierung bezeichnet werden.

Ist die Linke durch die Abwahl der Özal-Regierung in ein Vakuum gestürzt worden?

In manchen linken Kreisen in der Türkei, und daneben in der europäischen Öffentlichkeit, macht sich nach der Bildung der neuen Koalitionsregierung die Ansicht breit, daß die Linke in ein Vakuum gestürzt ist. Es wird gesagt, daß die seit Jahren gestellten Forderungen der Linken von der neuen Regierung erfüllt werden. Somit hätte die Linke nichts mehr zu tun.

Diese Ansicht ist sowohl richtig als auch falsch.

Sie ist richtig, weil ein großer Teil der Linken in der Türkei, und die gesamte türkische und kurdische Linke in Europa, seit etwa 10 Jahren all ihre Aktivitäten auf Forderungen nach Menschenrechten, nach Abschaffung der Folter, Respektierung der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten etc. aufgebaut und ihre politischen Aussagen im allgemeinen im Rahmen dieser Themen konkretisiert haben. Die neue Regierung hat diese Forderungen übernommen, zumindest scheint es so, und somit sich daran gemacht, die Forderungen der Linken zu erfüllen.

Sie ist falsch, weil es Linke gibt, die ihr Linkssein nicht nur auf die Er kämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten beschränken, sondern mit einer in Richtung Sozialismus weisenden Demokratisierung verbinden, die das einzige Programm und der einzige Weg zur dauerhaften Er kämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten, und somit des Bruchs mit dem Regime des 12. September ist.

Die Lösung der grundlegenden Probleme der Türkei darf nicht in einer formalen Demokratie gesehen werden, im Gegenteil – Demokratisierung ist in einer in den Massen täglich von neuem erkämpften und produzierten und grundlegenden Emanzipationsbewegung beinhaltet.

Wirkliche Demokratisierung ist nur durch die Über-

windung der bürgerlichen Demokratie möglich.

Im Gegensatz zu den Linken, deren Demokratieverständnis sich in klassischen oder modernen Formen der bürgerlichen Demokratie erschöpfte (von den TBKP'ern bis hin zu den Anhängern der 'societe civile', von manchen Revolutionären, die die Gewalt verabsolutieren, bis hin zu den elitistischen Revolutionären und den Abguckern des chinesischen Weges), haben wir immer schon die Idee der Emanzipation und Vergesellschaftung, und als deren Ausdruck, einen gesellschaftlich-politischen Wandel vertreten, in dessen Er kämpfung und Folge die Massen die Entscheidungsgewalt in allen Fragen, die sie betreffen, an sich reißen, die Produzenten zu Regierenden werden.

In diesem Sinne gilt die Behauptung, mit der neuen Koalitionsregierung sei die Linke in ein Vakuum gestürzt worden, für uns nicht – auch wenn sie für andere gelten sollte.

Die Mission derjenigen, die sich mit der Er kämpfung der bürgerlichen Demokratie einschränken, kann schon beendet sein, aber wir glauben, daß die Aufgaben der Revolutionäre gerade erst beginnen.

Diese Aufgaben gebührend zu erfüllen, ist eine Sache; eine andere ist es, die historische Realität richtig einzuschätzen.

Wir begnügen uns nicht nur damit, daß wir glauben, die historische Realität richtig einzuschätzen; wir erklären auch, daß wir entschlossen sind, den Notwendigkeiten dieser richtigen Einschätzung Folge zu leisten und daß wir unseren Kopf vor irgendeiner Form der bürgerlichen Herrschaft nicht einziehen werden.

E. A.

KOALITIONSVEREINBARUNGEN ZWISCHEN DER DYP UND DER SHP

Die Koalitionsvereinbarungen der neuen DYP-SHP Regierung, veröffentlicht am 20.11.91, sehen eine grundsätzliche Erneuerung des türkischen Staates in Richtung einer bürgerlichen Demokratie mit freier Marktwirtschaft und sozialem Netz vor. Neben einer neuen, zeitgemäßen Verfassung beruft man sich – wie gehabt – auf die Grundsätze Atatürks und den Laizismus. Von dieser Erneuerung des Staates sind nahezu alle Bereiche betroffen. Interessant an den Vereinbarungen ist weniger das Koalitionsprotokoll selbst (weshalb wir von einem Abdruck absehen), als die in dem 1. Zusatz festgelegten Demokratisierungsbeschlüsse, die wir hier in verkürzter Form übersetzt haben. Auf die Realisierung der großartigen Demokratisierungsversprechen der neuen Regierung darf man angesichts der Machtorgane Staatspräsident, Militär, Geheimdienst usw. und angesichts der personellen Besetzung von Verwaltung und Sicherheitsorganen mit Faschisten und islamischen Fundamentalisten gespannt sein. Zu denken geben sollten auch die Demokratievorstellungen der neuen Regierung in Beziehung auf Kurdistan. 'Die Türkei ist mit ihrem Staat, ihrem Land, ihrer Nation ein unteilbares Ganzes; die unteilbare Einheit unseres Landes ist nicht diskutabel. Die Eigenschaft der Türkei als unitärer Staat spiegelt einen aus unserer gesellschaftlichen Struktur entstandenen geschichtlichen und traditionellen Gemeinsamkeits- und Einheitsgedanken wieder. Diese Einheit und Gemeinsamkeit ist das Ergebnis einer gemeinsamen 'politischen Kultur'. Es ist mit Sicherheit für niemanden von Nutzen, diese Gemeinsamkeit und Einheit zu zerstören. Aus diesem Grund sind wir fest entschlossen, die unteilbare Einheit des türkischen Staates mit seinem Land und seiner Nation unter jeder Bedingung bis zum letzten zu verteidigen und mit Bestimmtheit zu schützen.' Und zum Thema innere Sicherheit heißt es weiter: 'Der Terror in unserem Gebiet Südost-Anatolien hat heute leider bedeutende Ausmaße erreicht und unser Land in einen wichtigen Problemzustand versetzt. Unsere Regierung ist entschlossen, diesem Terror mit Bestimmtheit entgegenzutreten. Deshalb wird auch innerhalb des demokratischen Regimes die Organisation der Ausnahmezustands- und Gebietsgouvernator und das Milizsystem neu überdacht werden; zwischen unseren bewaffneten Streitkräften und unseren anderen Sicherheitskräften wird eine Befehls-, Entscheidungs- und Ausführungseinheit hergestellt; das Vertrauensband zwischen dem Volk und dem Staat wird von neuem hergestellt, indem die unschuldige Bevölkerung des Gebietes mit Güte behandelt wird.'

INNENMINISTER SEZGIN

Innenminister Sezgin vertrat in Istanbul die Meinung, daß die unteilbare Einheit des Staates einem ernsthaften Angriff durch in- und ausländische Kräfte ausgesetzt ist. Zum Fall Hüseyin Toraman, dessen Verschwinden seit längerer Zeit Thema der Öffentlichkeit ist, sagte er: "Es gibt gar keinen Anhaltspunkt, daß er festgenommen und verhört worden ist." Bei einem Gespräch mit Pressevertretern sagte er: "In Istanbul sind zur Zeit 16.000 Polizisten und 5000 Gendarmen im Einsatz. Mit dieser Anzahl ist für die Sicherheit von Istanbul nicht zu sorgen. Bei nächster Gelegenheit werden wir die Zahl auf 25.000 erhöhen. Um sich den Auswirkungen der neuen Weltordnung auf die Türkei anzupassen, ist es notwendig, der Ausbildung mehr Bedeutung beizumessen. In den Polizei- und Gendarmerieschulen wird Unterricht über die Menschenrechte eingeführt." Zu den weiteren Problemen der Stadt Istanbul zählte er das Verkehrschaos und die Wohnungsnot. Istanbul brauche 100.000 neue Wohnungen. Der Staat müsse neue Möglichkeiten schaffen, um aus 'Gecekondu' (über Nacht gebaute Häuser = Slums; TI) tagsüber gebaute Wohnhäuser zu machen.

aus Cumhuriyet vom 20.12.91

AUSZÜGE AUS DEM DEMOKRATISIERUNGSPAKET: (Abdruck in Cumhuriyet, 16.11.91)

- Die Vorschriften bezüglich Wahl und Kompetenzen des Staatspräsidenten werden geändert
- Der Hochschulrat YÖK wird abgeschafft, die Universitäten erhalten wissenschaftliche und verwaltungsmäßige Autonomie. Es wird ein Hochschul- und Erziehungsrat aus Vertretern der Hochschulgremien gebildet.
- Das Staatsmonopol über Radio und Fernsehen wird abgeschafft. Für alle öffentlichen und privaten Sendeanstalten werden Grundsätze eingeführt, die Neutralität garantieren. Die Kontrolle darüber wird ein autonomer hoher Rat ausüben.
- Pressefreiheit und das Recht der Bürger auf unmanipulierte Nachrichten werden unter Garantie gestellt.
- Ohne die Verfassung als Ganze zu ändern, werden vor allem die provisorischen Artikel geändert, die das Funktionieren des Rechtsstaates verhindern, zu verschiedenen Ungerechtigkeiten führten und in der Praxis die Kontrolle der Justiz verhinderten.
- Das aktive Wahlrecht wird auf 18, das passive auf 25 herabgesetzt.
- Es wird sichergestellt, daß Hoch-

schulangehörige Mitglieder und Funktionäre in politischen Parteien werden können.

- Die Hindernisse für Gewerkschafter, zum Abgeordneten gewählt zu werden, werden beseitigt.
- Die Hindernisse für die Mitgliedschaft von Studenten in politischen Parteien werden beseitigt.
- Die Vorschriften über Arbeit und Gewerkschaften werden nach den Prinzipien der ILO neu geregelt.
- Allen Arbeitenden, inklusive den Beamten wird das Recht auf Gründung von Gewerkschaften zuerkannt.
- Es wird für die volle Unabhängigkeit der Justiz gesorgt. Das Prinzip des natürlichen Rechts wird die gesamte Justiz beherrschen. Der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte wird nach dem Prinzip der Unabhängigkeit der Justiz neu geordnet.
- Hindernisse bei der Gründung von Frauen-, Jugend- und Berufsorganisationen durch politische Parteien werden abgeschafft.
- Die Dauer der Polizeihaft wird reduziert.

Ohne auf die Verfassungsänderung abzuwarten, werden Vorschriften und Merkmale vieler noch gültiger Gesetze, die mit dem Prinzip eines pluralistisch demokratischen Lebens nicht vereinbar sind und die das alltägliche Leben betreffen, geändert. Einige Vorschriften in die-

sen Gesetzen haben ihren Ursprung in der Verfassung und können daher nur im Zusammenhang mit einer Verfassungsänderung geändert werden. Andererseits ist es aber möglich, einen Teil davon außer Kraft zu setzen oder mit wichtigen Verbesserungen zu versehen.

Dies betrifft Gesetze in folgenden Bereichen:

1. Politische Parteien und Wahlen:

Genau wie die Verfassung von 1982 sind auch diese Gesetze Produkte der 12. September-Justiz. Das Parteiengesetz bezweckt nicht das Funktionieren, sondern das Nicht-Funktionieren politischer Parteien. Das Wahlgesetz zielte nicht auf den Ausdruck des freien Willens der Bürger ab, sondern ging von dem Standpunkt aus, wie eine bestimmte Partei zur Macht gelangen kann und wurde deshalb sehr oft geändert.

Diese Gesetze werden auf der Grundlage einer breiten Übereinstimmung der politischen Parteien neu geregelt.

2. Arbeitsleben:

Bis zur Verfassungsänderung werden die Prinzipien der ILO (International Labour Organisation) auf die (entsprechenden) Gesetze angewendet, soweit es die Verfassung erlaubt.

3. Kommunale Verwaltung...

4. Regelungen bezüglich der Presse:

Bis zur Verfassungsänderung werden gesetzliche Regelungen nach den Erfordernissen einer demokratischen Gesellschaftsordnung durchgeführt, die in den auch von der Türkei ratifizierten internationalen Menschenrechtskonventionen festgelegt sind.

5. Universitäten:

Bis zur Verfassungsänderung werden Gesetze bezügl. der Wahl von Rektoren und Dekanen durch die Hochschulmitglieder erlassen.

6. Gesetze über Aufgaben und Kompetenzen der Polizei:

Die Polizei wird über individuelle Grundrechte und -freiheiten aufgeklärt und ihre Kompetenzen werden neu geregelt.

7. Straf- und Prozeßrecht:

Eine festgenommene oder verhaftete Person erhält das Recht auf Aussageverweigerung, wenn ihr Rechtsanwalt nicht anwesend ist. Die Person wird das Recht haben, in

bestimmten Abständen mit ihren Rechtsanwälten und Verwandten zu sprechen. Damit werden Folter und Foltterwürfe beseitigt und Aussagen werden gültig und glaubhaft.

8. Kriegsrecht und Ausnahmezustandsgesetze:

Kriegsrechts- und Ausnahmezustandsregierungen sind Regime innerhalb des Rechts, d.h. die Rechtsordnung wird nicht aufgehoben. Die entsprechenden Gesetze werden in diesem Sinne neu geregelt.

9. Sicherheitsermittlungen:

Diese werden in der heute angewandten Form abgeschafft, außer für Sicherheitsbereiche oder für sonstige Besonderheiten aufweisende Einheiten oder Tätigkeiten.

10. Versammlungs-, Demonstrations- und Vereinsgründungsrecht:

Bis zur Verfassungsänderung auf diesem Gebiet werden gesetzliche Veränderungen eingeführt, die den Gebrauch dieser Rechte vereinfachen.

11. Rundfunk- und Fernsehgesetz:

Mit der Änderung der Rundfunk- und Fernsehgesetzes wird das Recht des Bürgers auf richtige Nachrichten geltend gemacht, die TRT wird nach einem modernen und neutralen Sendeverständnis arbeiten.

12. Änderungen bei der Geschäftsordnung des Parlamentes:

Vor jeder Plenarsitzung werden alle Minister an sie gestellte Anfragen beantworten, somit wird ein Kontrollmechanismus eingeführt. Die Dekrete mit Gesetzeskraft werden in der derzeit praktizierten Form, in der die Legislative faktisch an die Exekutive übergeben wird, abgeschafft, innerhalb von 90 Tagen werden diese im Gesetzgebungsorgan besprochen.

13. Rechtsanwaltskammern:

Der Bedeutung der Anwaltskammern für ein modernes Rechtssystem und ihrer Unabhängigkeit wird durch Gesetze Rechnung getragen.

14. Gesetz zur Bekämpfung des Terrors:

Aus dem Gesichtspunkt des Prinzips der Unantastbarkeit von Grundrechten und -freiheiten wird dieses Gesetz neu bearbeitet.

15. Gesetz Nr.1402 (Berufsverbotsgesetz-TI)

Es wird sichergestellt, daß öffentliche Bedienstete, die ohne Gerichtsurteil nach diesem Gesetz entlassen wurden, in ihre Stellung zurückkehren können.

16. Verbannung:

Regelungen bezüglich Verbannung und Zensur werden außer Kraft gesetzt.

17. Berufsorganisationen:

Die Repressionen gegenüber Berufsorganisationen werden abgeschafft.

18. Kooperativen:

Kooperativen erhalten demokratische Strukturen.

19. Rechtsbegehren:

Es werden Regelungen getroffen, damit die Bürger beschleunigt und mit weniger Aufwand zu ihrem Recht gelangen können.

20. Pariser Abkommen:

Gesetzliche und faktische Mängel, Hindernisse und Einschränkungen, mit denen unsere Bürger bei dem freien Ausdruck und Entfaltung ihrer Identität bezüglich Ethnie, Kultur und Sprache konfrontiert sind, werden nach dem Geist des auch von der Türkei unterzeichneten Pariser Abkommens im Rahmen der nationalen Einheit überwunden.

IMPRESSUM:

Hrsg.:

Türkei Informationsbüro
c/o. S. Hasselbring
Postfach 910843
D- 3000 Hannover 91

+

Anschrift:

Türkei Informatinsbüro
Postfach 91 08 43
D- 3000 Hannover 91
Telefon: 0511 / 33 21 44
Telefax: 0511 / 31 86 52

+

Erscheinungsweise:

2 monatlich

+

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

„Die Revolutionäre waren sich bewußt, weswegen sie im Gefängnis waren.“

In der letzten Ausgabe der Türkei Information begannen wir mit dem Abdruck eines Interviews mit U.G., der als politischer Gefangener 2 Jahre in verschiedenen türkischen Gefängnissen einsaß. Hier nun der zweite Teil, der auch seine Eindrücke aus Gefängnissen wiedergibt, in denen überwiegend politische Gefangene waren. Anzumerken ist noch, daß das Interview Anfang Oktober 1991 gemacht wurde und noch nicht unter dem Eindruck der Wahlniederlage der ANAP vom 25.10.91 stand.

Ti: Im ersten Teil des Interviews, erzähltest Du von den Hungerstreiks, die politische Gefangene gemeinsam mit "normalen" Gefangenen organisiert haben. Wie reagierten die Medien auf diese Kämpfe?

U.: An den Hungerstreiks haben sich viele nicht-politische Gefangene beteiligt. Bei dem letzten Hungerstreik - bei dem ich dabei war - der von politischen Gefangenen begonnen wurde, haben wir deutlich gesehen, daß sich auch in Provinzgefängnissen, in denen es gar keine politischen Gefangenen gab, massenhaft Gefangene dem Kampf angeschlossen hatten. Von den Medien wurden die Hungerstreiks diskreditiert. Es wurde behauptet, daß alle, die sich an den Hungerstreiks beteiligten, politische Gefangene seien. Das sei eine ideologische Sache. Eigentlich würde es doch gerade den politischen Gefangenen gut in den Gefängnissen gehen. Mit dem Hungerstreik sollten ideologische Sachen durchgesetzt werden. - Aber diese Strategie wurde von den nicht-politischen Gefangenen durchschaut. Allen Gefangenen ging es doch schlecht. Und mit dem Hungerstreik ist gegen

die Redaktion

die Zustände in den Gefängnissen gekämpft worden.

Ti: Die Hungerstreiks wurden außerhalb der Gefängnisse von Angehörigen und von Menschenrechtsorganisationen unterstützt. Wie geht es nach der Entlassung eines großen Teils der politischen Gefangenen weiter?

U.: Es gab immer Diskussionen um diese "klassische" Aktionsform von Gefangenen, den Hungerstreik. Gefangene, die 10 Jahre im Knast waren, die sich immer wieder an Hungerstreiks beteiligt haben, denen geht es heute körperlich sehr schlecht. Die Opposition draußen mußte die Kämpfe der Gefangenen unterstützen. Die Gefangenen konnten von ihrer Moral und von ihrem politischen Willen diese Aktionen zwar immer wieder machen, aber körperlich war einfach irgendwann einmal Schluß. Alle, die jetzt entlassen worden sind, befinden sich in ärztlicher Behandlung. Sie haben vor allem Schäden an Magen, Leber und Nieren. Deswegen gab es auch vorher schon die Diskussion um die Aktionsform des Hungerstreiks. Der Kampf muß eine

andere Qualität erreichen. Das geht nur mit der Unterstützung von draußen und mit mehr politischem Druck. Hauptsächlich direkt nach dem Putsch 1980 war das eine Schwäche der Opposition draußen. Natürlich gab es den Protest von Angehörigen, von demokratischen Organisationen und von den Menschenrechtsvereinen. Aber das war nicht genug. Draußen wurde zuviel auf Aktionen der Gefangenen gewartet. - Natürlich: Ein großer Teil der Opposition war ja auch im Gefängnis. Aber das ist ja anders geworden. - Jetzt werden auch von draußen verschiedene Sachen gemacht. Zum Beispiel zum neuen, sogenannten, "Amnestiegesetz". Da gibt es diese Doppelmoral, die die kurdischen politischen Gefangenen betrifft. Bei dieser Doppelmoral haben auch die türkischen Intellektuellen mitgemacht. Der §146 ist durch das Verfassungsgericht aufgehoben worden. Aber der §125, der sogenannten Separatismus unter Strafe stellt und vor allem die KurdInnen betrifft, der ist geblieben. Es gab auch nicht viel Protest deswegen. Es wurde akzeptiert: Hauptsache einige Gefangene sind rausgekommen. - Das fand ich sehr schlimm.

Ti: Hat es im Knast eine Rolle gespielt, daß Gefangene aus Kurdistan kamen? Waren sie besonderen Diskriminierungen ausgesetzt?

U.: Nein. Das kann man nicht sagen. Es war sogar so, daß die kurdischen Gefangenen - wie soll ich es sagen - stolzer waren. Weil in Kurdistan ein Kampf weitergeht, ein bewaffneter Kampf.

Es waren gemischte Gruppen in den Gefängnissen. Da gab es natürlich politische Auseinandersetzungen. Aber keine nationalistischen Konflikte. Kemalismus und chauvinistische Tendenzen sind natürlich nicht verschwunden. Das merkst Du an bestimmten Sachen im Knastalltag. Es kann sein, daß auch bei manchen türkischen politischen Gefangenen diese Ideologie im Hinterkopf noch da ist. Aber im Großen und Ganzen spielte das keine Rolle. Im Gefängnis geht es um andere Dinge.



Tl: Es gibt eine intensive Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der türkischen Regierung, gerade in Bezug auf den sogenannten Strafvollzug. Was für eine Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das neue "Anti-Terror-Gesetz"?

U.: Wenn Du den §129a aus Deutschland mit dem neuen ATG vergleichst, wirst Du kaum Unterschiede feststellen. Das ATG ist vielleicht noch gründlicher. Das Gesetz ist aus Europa, vor allem aus der BRD, importiert. Das wird auch oft zum Ausdruck gebracht. Den Gefangenen, vor allem den politischen Gefangenen, wird gesagt: Hörst auf Euch zu beschweren! Europäisches Modell? Gut, jetzt habt Ihr Euer europäisches Modell. – Einzelzellen als Normalzustand, weiße Folter! Die Erfahrungen sind ausgetauscht worden. Ein Minister sagte zum neuen ATG, daß es "zeitgemäß" sei.

Die Menschenrechtsvereine und die demokratischen Organisationen in der Türkei haben es versäumt die Bedeutung dieses Gesetzes zu konkretisieren. Sie haben ihre Kritik an Äußerlichkeiten festgemacht.

Es wurde sich nie damit auseinandergesetzt, was in den Gefängnissen in anderen Ländern geschieht. Jetzt muß auf eine neue Situation reagiert werden, ohne daß sich vorher damit beschäftigt worden ist, wie z.B. in Deutschland mit den Gefangenen aus der RAF und dem anti-imperialistischen Widerstand umgegangen worden ist. Auf internationaler Ebene gab es für die türkische Opposition kaum einen Erfahrungsaustausch. Wenn Du in der Türkei erzählst, wie in Deutschland die Situation der politischen Gefangenen ist, glaubt Dir kein Mensch: Die BRD ist eine bürgerliche Demokratie. Du hast Freiheiten. Du kannst alles sagen. – Das denken auch viele Gefangene in der Türkei.

Tl: Gab es Briefkontakte von politischen Gefangenen aus der Türkei mit politischen Gefangenen in West-europa?

U.: Leider nicht. Als wir einen Hungerstreik machten, hörten wir von einem Hungerstreik politischer Gefangener in der BRD. Wir diskutierten über politische Gefangene in kolonialen und neokolonialen Ländern. Uns war klar, daß das in Deutschland auch politische Gefangene waren und wir verfassten einen Solidaritätsgruß. Aber das war nicht allen Leuten wichtig. Unsere Grußadresse wurde dann auch von einigen deutschen Zeitungen abgedruckt. In dieser Situation habe ich mir Fragen über die deutsche Linke gestellt. Sie sind immer solida-

risch mit den Befreiungskämpfen in anderen Ländern. Aber was machen sie für ihre eigenen Leute in den Gefängnissen? Wenn die politischen Gefangenen in Deutschland einen Hungerstreik machen bewegt sich fast nichts. Die Leute konzentrieren sich auf Internationalismus, aber in dem Land in dem sie leben, haben sie kein Verhältnis zu den politischen Gefangenen. So ein Internationalismus ist nicht glaubwürdig.

Tl: Wenn wir die Erklärungen der politischen Gefangenen aus der Türkei oder türkisch Kurdistan lesen, fällt auf, daß der politische Hintergrund oft ausgeblendet wird. Gerade im Zusammenhang mit der Verabschiedung des ATG wurde fast nur auf die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes, das rechte Gefangene zunächst bevorzugte, hingewiesen. Ist das eine Taktik?

U.: Wenn es auch eine taktische Sache wäre, dann geht dieses Vorgehen doch an dem Sinn dieses Gesetzes vorbei. Es ist auch nicht richtig, diesen Vergleich in der Behandlung von Faschisten und Revolutionären zu ziehen. Es geht darum zu vermitteln, welchen Sinn dieses Gesetz hat. Du kannst es nicht vergleichen, wenn Du weißt, wie der Staat bisher mit den Faschisten umgegangen ist, wenn Du weißt, wie verankert die Faschisten in den staatlichen Institutionen sind.

Mit diesem Gesetz können die Revolutionäre den Charakter des türkischen Staates leichter definieren. Auch wegen der Empörung über die Ungleichbehandlung von Faschisten und Revolutionären ist das versäumt worden. Die Revolutionäre waren sich darüber bewußt, warum sie im Gefängnis waren. Weil sie die Moral des Staates und seine ganzen Institutionen abgelehnt und dagegen gekämpft haben. Gegen Ausbeutung, gegen Chauvinismus.

Der hauptsächliche Gedanke, als das an das ATG angeschlossene "Amnestiegesetz" verabschiedet wurde, war aber: "Endlich kommen sie wieder raus. Egal wie." – Und bei den politischen Leuten: "Wenigstens kommen einige wieder raus. Wenn auch nicht alle."

Deshalb wurde über den politischen Charakter dieses Gesetzes erst einmal geschwiegen. Erst einmal wurde gewartet, was wirklich kommt. Das war zu dieser Zeit eine richtige Quälerei. Die Gefangenen fingen an ihre Sachen zu packen. Dann kamen sie doch nicht raus. Das war die größte Folter in den 10 Jahren.

Was mit dem §125, dem Separatismus-Vorwurf, war, wurde ziemlich nebenbei gesehen. Wenn auch

vielleicht unbewußt, ist doch der aktuelle Chauvinismus mitgemacht worden. Das wurde auch offen diskutiert und kritisiert. Wegen der Aktualität der Wahlen ist diese Diskussion dann untergegangen.

Tl: Die kurdischen politischen Gefangenen wurden nicht freigelassen. Und jeden Tag werden weiter Menschen wegen dem Verteilen von Flugblättern oder im kurdischen Befreiungskampf festgenommen und verurteilt. Wird die Kampagne gegen das ATG weitergehen und wird in ihr die politische Bedeutung des ATG zum Thema werden?

U.: Das "Amnestiegesetz" brachte viele Leute aus dem Knast heraus. Aber mit diesen Konsequenzen konnte solch ein Gesetz nicht einmal direkt nach dem Putsch verabschiedet werden. Du brauchst keine Gruppe mehr zu haben – als einzelner Mensch kannst Du als "Terrorist" verhaftet werden. Auf einem Flugblatt muß nicht unbedingt der Name einer Organisation stehen, um als "terroristisch" zu gelten. Selbst bei Verkehrsdelikten, wenn Du Dich mit einem Bullen streitest, kannst Du mit diesen Paragraphen verurteilt werden. Für Sachen, wo Du früher 5 oder 6 Jahre gekriegt hättest, kriegst Du jetzt bis zu 30 Jahren. Das ist katastrophal. Das verhindert jede politische Aktivität. Wenn es im ganzen Land eine linke, revolutionäre Opposition gäbe, könnten richtige Aktivitäten dagegen entwickelt werden. Das ist eine langfristige Sache. Alles hängt von den Kräfteverhältnissen ab.

Tl: Sind die Menschen von dem Terror der Staatsorgane so eingeschüchtert, daß Widerstand unmöglich erscheint?

U.: Wenn sie aufstehen würden, wäre es schön. Aber so sieht es im Moment nicht aus. Es gibt natürlich Reaktionen. Nach den Operationen gegen Dev Sol in Istanbul und Ankara (dabei wurden 12 angebliche Dev Sol'ler erschossen; Tl) war der Bevölkerung klar, daß dafür das ATG verantwortlich ist. Das waren seine Folgen.

Mehr Menschen werden festgenommen, es wird mehr gefoltert. Ist Istanbul wurde eine Frau aus einem Fenster gestürzt, weil sie an der Universität Flugblätter verteilt hatte. Das ist Alltag geworden. Es gibt die Gefahr, daß die Bevölkerung sich daran gewöhnt, daß gedacht wird: Es gibt Terroristen, es gibt Sicherheitskräfte. Das ist notwendig so.

Aber die Opposition verändert sich auch. Auf verschiedenen Ebenen. Sie zeigt sich mehr. Aber es ist noch nicht so weit, daß es eine Volksbewegung gäbe.

PRESSEERKLÄRUNG zur Menschenrechtssituation in der Türkei

Die Bildung einer konservativ-sozialdemokratischen Regierung in der Türkei wurde in der hiesigen Öffentlichkeit und vor allem seitens der Bundesregierung mit positiver Erwartung bedacht:

Die neue türkische Regierung werde sich ernsthaft für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen – so der Tenor des Auswärtigen Amtes gegenüber Anfragen verschiedener Mitglieder des Bundestages.

Entsprechend dieser Ansicht versprach Bundeskanzler Kohl schon am 18.12.91 dem türkischen Außenminister Cetin, sich im Haushaltsausschuß für die volle Freigabe der Rüstungssonderhilfen an die Türkei einzusetzen.

Indes, die Tatsachen sprechen eine andere Sprache: Auch unter der neuen Regierung Demirel wird die Folter und werden von staatlichen Kräften ausgeführte und unterstützte Morde – besonders in den kurdischen Gebieten – ungeschmälert fortgesetzt.

Chronologie der Ereignisse

– Am 24.12.91 richteten türkische "Sicherheitskräfte" in den Kreisstädten Kulp und Lice ein Massaker an. Sie schossen in eine Menge von (jeweils) tausenden Menschen, die sich versammelt hatten um gefallene Guerilla-Kämpfer zu beerdigen.

In Kulp sollen 14, in Lice 5 Menschen getötet worden sein (Quelle: 2000'e dogru). Zahlreiche Menschen wurden, zum Teil schwer, verletzt.

– Am 9.11.91 wurde Yücel Özden im Istanbuler Stadtteil Beyogh festgenommen und zu Tode gefoltert. Er starb am 25.11. im Krankenhaus an inneren Blutungen.

– Nach polizeilichen Festnahmen, ebenfalls im November, verschwanden nach vorheriger Folter (von Angehörigen berichtet) bis jetzt spurlos: Hüseyin Toraman, Erhan Meydan und Engin Tasdalen. Die Verwandten befürchten das Schlimmste.

– In den Umgebungen der Städte Biflis, Sirmak und Idil, sowie Mardin

und Nuseybin (sämtlich in Kurdistan) drangsalierten die "Sicherheitskräfte" seit Wochen die gesamte Bevölkerung: Zahlreiche Dörfer wurden "zwangs-evakuiert", die Häuser und Wintervorräte niedergebrannt. Die Bevölkerung ganzer Dörfer wurde bei alledem gefoltert, geprügelt und des öfteren gezwungen, stundenlang im eiskalten Wasser zu stehen. Die Frauen wurden von den Soldaten belästigt.

– Am 21.11.91 steckte im Dorf Goveşerin der Gendameriekommandant einer älteren Frau, L.Özalp, den Gewehrlauf in den Mund und drückte ab. Die Frau hatte sich dagegen gewehrt, daß die Soldaten ein 17jähriges Mädchen verschleppen wollten.

– Am 27.11.91 wurde im Istanbuler Stadtteil Aksaray der 18jährige Hüseyin Fidanoglu von 2 Polizisten verfolgt und später aus dem 8.Stock eines Hochhauses geworfen. Er starb am 2.12. an seinen Verletzungen.

Staatlicher Terror trifft vor allem auch die Angehörigen der oppositionellen "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP), deren Regionalvorsitzender Vedat Aydın im Juli letzten Jahres von zivilen "Sicherheitskräften" entführt, danach gefoltert und später ermordet worden war.

Ähnliche Anschläge gegen Politiker der (inzwischen über die SHP im Parlament vertretenen) HEP häuften sich in den letzten Wochen signifikant:

– Am 23.11.91 wurde Ismail H. Kocakayer, örtliches HEP-Mitglied, in Diyarbakir von Polizisten in zivil vor den Augen seines Sohnes und seines Bruders festgenommen. Zwei Tage darauf wurde seine entsetzlich verstümmelte Leiche 90 km entfernt von Diyarbakir aufgefunden.

Obwohl seine Angehörigen teilweise detaillierte Angaben über die Polizisten machen konnten (Autonummern) wurde von staatlicher Stelle keine Ermittlung eingeleitet.

– Am 18.12.91 wurde Siddik Bülbül, der Kreisvorsitzende der HEP in Hani (Provinz Diyarbakir), auf dem Weg in ein nahegelegenes Dorf in den Rücken geschossen. Er überlebte den Anschlag mit schweren Verletzungen.

– Am selben Tag wurde der Vorsitzende der HEP von Mardin, Veysi P., aus seiner Wohnung in Kiziltepe von der politischen Polizei abgeholt. Auch von ihm fehlt bisher jede Spur.

– Am 30.10. und 1.11.91 wurden 26 HEP-Mitglieder aus Nusaybin verhaftet und 24 Tage lang gefoltert. Nach Interventionen eines Abgeordneten der sozialdemokratischen SHP wurden sie für einige Stunden "freigelassen". 20 der Leute wurden noch im Gerichtsgebäude erneut verhaftet und inhaftiert.

– Am 18.11.91 wird der HEP-Vorsitzende von Nusaybin, Abduhrahman Soyut (der vorher zu den oben genannten Festgenommenen gehörte), auf offener Straße erschossen.

– Am 10.1.92 wurde Mehmet Demir, stellvertretender Vorsitzender der HEP in der Stadt Siirt, vermutlich von "Sicherheitskräften" entführt. Er ist seitdem verschwunden. Sein Bruder wurde zusammen mit anderen Bewohnern umliegender Dörfer festgenommen und befindet sich im Gefängnis von Diyarbakir.

Alle diese Ereignisse fanden statt, ohne daß die neue Regierung auch nur einen einzigen ernstzunehmenden Schritt unternommen hätte sie aufzuklären und ähnliches zukünftig zu verhindern.

Obwohl die Regierung Demirel in ihren offiziellen Erklärungen eine umfassende "Demokratisierung" versprochen hatte, wurde die alte Praxis der dauernden Menschenrechtsverletzungen fortgeführt:

Die in Straßburg suspendierten Menschenrechte für die kurdischen Provinzen bleiben weiterhin außer Kraft.

Der geltende Ausnahmezustand, der für die Bevölkerung der entsprechenden Gebiete sämtliche verfassungsmäßigen Rechte aufgehört, wurde nur wenige Tage nach Regierungsantritt für die kurdischen Provinzen erneut verlängert.

Auch das Dorfschützersystem (Rekrutierung kurdischer Söldner gegen die oppositionelle kurdische Bewegung), welches in den ver-

Fortsetzung auf Seite 14

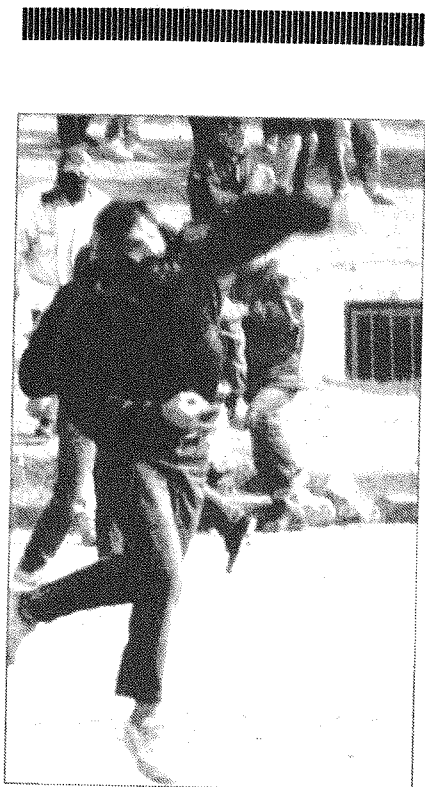
Die Situation der Studierenden in der Türkei

Ende Dezember, Anfang Januar hielt ich mich in Istanbul auf um am Kongress der Föderation der Studentenvereine teilzunehmen und um mir ein Bild von den Universitäten und den Studierenden in der Türkei zu machen. Ferner wollte ich die Kontakte, die die Internationalismus AG an der Universität G.H. Duisburg mit der Studenten Föderation geknüpft hatte, vertiefen. Da ich in der Zeit, die ich in Istanbul verbracht habe, bei Studenten gelebt, mit ihnen diskutiert und auch alle Universitäten in Istanbul besucht habe, denke ich, daß ich mir ein umfassendes Bild der Situation der Studierenden in Istanbul machen konnte und will eine Bitte an alle Interessierten weiterleiten.

Es fiel anfangs schwer, die Universitäten von Militärcasernen zu unterscheiden. Vor den Eingangstüren der Hochschulen sind Sondereinsatztruppen postiert. Vor der Universität Istanbul habe ich z.B. drei Militärbusse, einen Wasserwerfer und ein Panzerfahrzeug zählen können. Vor jedem Eingang gab es eine Pforte, in der mehrere zivile und uniformierte Beamte saßen. Ohne Paßkontrolle kam dort niemand durch. Nicht nur das. Auf den Hochschulgeländen gingen oder standen sie in Gruppen da und benahmten sich wie "Rambos", die nur auf ein nicht "typisches" Verhalten von Studierenden warteten um loszuschlagen. Auf meine Nachfrage an eine Studentin, ob heute etwas besonderes los wäre, erhielt ich die Antwort, daß dies zum Alltag des studentischen Lebens an den Universitäten gehöre. Sie fügte hinzu, daß die Polizei zum Teil sogar in den Hörsälen säße.

Nach der Machtübernahme der Militärs 1980 wurde von ihnen, nach der Verabschiedung eines Gesetzes, das sogenannte "YÖK" (Hochschulgremium) gegründet. In diesem Gremium sind heute noch Vertreter der Militärs (ehemalige Generale) und erzkonservative Professoren vertreten, die nicht mehr an den Universitäten lehren.

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes sind linke und sozialdemokratische Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter vom Dienst suspendiert worden. Durch die Gesetze, die der "YÖK" verabschiedet hat, ist wissenschaftliches Arbeiten und Forschen kaum mehr



möglich. Die Benutzung von linker und atheistischer Literatur ist verboten und kann Haftstrafen für den oder diejenigen, die gegen die Gesetze verstoßen, mit sich bringen. Ein gutes und wohl bekanntes Beispiel dafür ist Ismail Besicki, der wegen seiner Doktorarbeit über die Nomaden in der Türkei über 5 Jahre im Gefängnis war. Politische Tätigkeiten an den Universitäten sind verboten. So etwas wie ein AstA oder ähnliche Gremien existieren nicht. Die Studierenden haben keinerlei Mitspracherecht. Sogar den Erstsemestern behilflich zu sein, indem z.B. ein Info-Stand gemacht wird, um bei den Formularen und Behörden-gängen zu helfen, kann Grund für eine Verhaftung oder sogar die Ermordung sein. So wurde im September 1991 eine 18 Jahre alte Studentin, Seher Sahin, von der Polizei nach einer wilden Verfolgungsjagd vom 3. Stock eines Uni-Gebäudes aus dem Fenster gestürzt. Sie starb im Krankenhaus.

Keine 2 Monate vorher wurde ein Student auf offener Straße von Zivilpolizisten erschossen, nur weil er Flugblätter verteilt hatte.

Kürzlich wurde ein kurdischer Student in Diyarbakir mit Verletzungen von Folterungen tot aufgefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Allein im Jahr 1990 wurden über 5000 Studentinnen in Untersuchungshaft genommen. Zur Begründung wurden politische Aktivitäten an den Hochschulen genannt.

Trotz all dem scheint sich einiges zum Gunsten der Studierenden zu bewegen. Nach den Parlamentswahlen vom Oktober 1991 hat sich die ANAP nicht wieder behaupten können. Die Türkei hat jetzt eine konservativ-sozialdemokratische Regierung, die neben der Achtung der Menschenrechte auch eine Hochschulreform versprochen hat. Das Hochschulrahmengesetz soll verändert werden, die Bildung soll nicht mehr ideologisch-religiös sondern wissenschaftlich orientiert werden und Studierende sollen Mitspracherecht und das Recht auf Organisation erhalten. Diesen Worten sind bis heute keine Taten gefolgt. Aus Protest dagegen haben beispielsweise fortschrittliche wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren, die mittlerweile wieder an den Universitäten lehren dürfen, ihre wissenschaftlichen Arbeiten verbrannt. Für März/April diesen Jahres sind landesweite Aktionen geplant. Dabei werden Lehrkräfte und Studierende Druck auf die neue Regierung ausüben, damit diese ihre Versprechen einhält.

Darum bittet die Föderation der Studierenden in Istanbul um Unterstützung. Sie findet es notwendig, daß zu dieser Zeit eine Delegation von Studierenden aus Deutschland nach Istanbul, und eventuell auch in andere Städte, kommt. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß der NATO-Partner und der Antragsteller auf die EG-Mitgliedschaft – die Türkei – sehr sensibel auf Druck aus dem "Westen" reagiert.

Kontakt:
Iskender
Internationalismus AG
Universität G.H. Duisburg
Tel.: 0203 - 370047

ERKLÄRUNG DER FÖDERATION DER ISTANBULER STUDENT(INN)EN-VEREINE ZU DEN RECHTEN DER STUDIERENDEN

1. Mit Beginn der Schulbildung dürfen jegliche Unterschiede wie "Rasse", Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politische oder andere Meinungen, nationale oder gesellschaftliche Herkunft, finanzielle Möglichkeiten oder andere Gründe nicht zu unterschiedlichen Behandlungen führen. Allen SchülerInnen und StudentInnen müssen das Recht auf kostenlose Bildung haben.

2. Schriftliche oder mündliche Prüfungen, wodurch die SchülerInnen das Recht auf die Weiterbildung an den Universitäten oder Hochschulen erhalten, müssen aufgehoben werden. Das "Abitur" oder ein ähnlicher Abschluß muß als Zugangsvoraussetzung zu einer Weiterbildung ausreichen, wobei jede/r das Studienfach frei wählen darf.

3. Das Recht auf die Freiheit der Person und Schutz des Lebens muß garantiert werden.

4. KeinE StudentIn darf der Folter, Repressionen oder die Menschenwürde verletzenden Maßnahmen ausgesetzt werden.

5. KeinE StudentIn darf willkürlich in Untersuchungshaft genommen, verhaftet oder das Recht auf Bildung entzogen werden.

6. Den StudentInnen muß das paritätische Mitentscheidungsrecht in den Hochschulgremien in Form von aktivem und passivem Wahlrecht eingeräumt werden.

7. Die Entfaltung der nationalen Identität, Sprache und Kultur gehört zu den Grundrechten der StudentInnen.

8. Das Bildungssystem muß von geschlechtsspezifischer Diskriminierung befreit werden. Den StudentInnen muß jede Möglichkeit eingeräumt werden, um sich gegen jede Form von Unterdrückung zu organisieren und zur Wehr zu setzen.

9. Die StudentInnen haben das Recht sich für ein besseres, progressives Bildungssystem und für die Interessen der Völker zu organisieren.

10. Die StudentInnen haben das Recht ihre Gedanken und Interessen schriftlich sowie auch bildlich zu äußern. Hierbei können sie auch von den Möglichkeiten der Hochschulen Gebrauch machen.

11. Die StudentInnen haben das Recht, ohne von den Sicherheitskräften kontrolliert zu werden, die Hochschulgebäude zu betreten, sowie an studentischen Aktivitäten teilzunehmen.

12. Die StudentInnen haben das Recht wissenschaftlich zu arbeiten und diese Arbeit auch zu veröffentlichen.

13. Die StudentInnen haben das Recht sich an den Hochschulen künstlerisch zu engagieren.

14. Für die StudentInnen müssen kostenlose Unterkünfte gewährleistet sein.

15. Gesundes und kostenloses Essen an den Hochschulen zu sich zu nehmen, muß das Recht der Studierenden sein.

16. Die Nutzung der Verkehrswege muß zum Nulltarif sein.

17. Mit der Einschreibung an den Hochschulen sind die Studierenden auch automatisch versichert.

18. Die Studierenden haben das Recht sich gegen militaristische Kreise zur Wehr zu setzen.

19. Die Studierenden haben ein Recht auf ein ausreichendes, nicht rückzahlendes Darlehen.

20. Die Studierenden haben das Recht die Universitäten gegen die Interessen der großen Konzerne zu verteidigen.

21. Die Studierenden haben das Recht gegen die Umweltzerstörung anzugehen und sich diesbezüglich zu organisieren.

22. Die Studierenden haben das Recht gegen ungerechte Kriege, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen die Menschenrechtsverletzungen anzugehen.

23. Die Studierenden haben das Recht gegen die Mißachtung der obigen Erklärung Widerstand zu leisten.

Fortsetzung von Seite 12 Menschenrechtssituation in der Türkei

gangenen Jahren zu hunderten von Toten führte, soll entgegen dem Versprechen der Regierungsparteien beibehalten werden.

Anstatt die berüchtigten "Sondereinheiten", die für die meisten Morde verantwortlich sind, aus den kurdischen Gebieten abziehen, hat die neue Regierung die Aufstellung neuer, noch "effektiverer" Sondereinheiten angekündigt.

Ebenfalls unter Verantwortung der neuen Regierung gehen die flächendeckenden Operationen gegen die Zivilbevölkerung weiter. Im Monat Dezember wurde – unter dem Vorwand der "Terrorismusbekämpfung" – mit aus der BRD gelieferten Hubschraubern die Region nahe den Cudi Bergen angegriffen und bombardiert. Kein einziger "Terrorist" wurde getroffen, wohl aber wurden Erntevorräte und die Infrastruktur von mindestens 6 Dörfern vernichtet. Die Menschen wurden daraufhin zum Verlassen der Dörfer gezwungen.

Selbst die Verfolgung von sogenannten "Gesinnungssträtern" hält an:

– Der international renommierte Soziologe Dr. Ismail Besikci, der aufgrund seiner Publikationen 13 der vergangenen 14 Jahre im Gefängnis verbrachte und erst am 31.10.91 freigelassen worden war, wurde für seine Schrift "Zwangsumsiedlung der Kurden" am 24.11.91 erneut inhaftiert, kahigeschoren und in eine Isolierzelle gesperrt.

– Eine für den 30.11.91 geplante Veranstaltung der Rechtsanwaltskammer von Istanbul zum Thema "Menschenrechtsverletzungen" wurde vom Gouverneur verboten.

– Am 25.12.91 begann in Diyarbakir vor dem Staatssicherheitsgericht der Prozeß gegen H. Hüsein Erbem, Redakteur der kurdischen Zeitschrift "Özgür Halk" (Freies Volk).

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, weitere Rüstungslieferungen gegenüber der Türkei sofort zu unterbinden. Darüberhinaus fordert medico international von der Bundesregierung, von den Parteien und Abgeordneten des Bundestages, sich unverzüglich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die international anerkannten Standards der Menschenrechte in der Türkei volle Beachtung finden.

23.1.92

medico international
Hans Branscheidt

"ZUERST DIE MENSCHENRECHTE"

Interview der Zeitung Cumhuriyet vom 16.11.91 mit dem ehemaligen Türkeibeauftragten von amnesty international und jetzigen Mitarbeiter der Menschenrechtsstiftung in der Türkei, Helmut Oberdiek.

– Herr Oberdiek, nachdem Sie 4 Jahre lang als Türkeiverantwortlicher bei amnesty international gearbeitet haben, sind Sie nun vor 6 Monaten gekommen, um bei der Menschenrechtsstiftung zu arbeiten, die in der Türkei auf dem Gebiet der Menschenrechte aktiv ist. Sie haben sowohl aus dem Ausland als auch innerhalb der Türkei die Menschenrechtsprobleme lange Zeit beobachtet. Können Sie uns als ausländischer Experte ein Resümee geben über die Lage der Menschenrechte in der Türkei?

OBERDIEK: Durch die ausgedehnten politisch bedingten Festnahmen, die Massenprozesse, Hinrichtungen, Verbannung und ähnliche Unterdrückungsmethoden nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 riefen die Menschenrechte in der Türkei sowohl im ganzen Land als auch im Ausland starkes Interesse hervor. Die Diskussionen, die sich auf der Grundlage von Begriffen wie Folter, Meinungsvergehen und Prozesse nach den Prinzipien des Rechtsstaates entwickelten, richteten die Aufmerksamkeit auf internationale Standards und man stellte fest, daß die Türkei sehr viele von ihr unterzeichnete Abkommen verletzte.

Während sich die Kreise, die sich um dieses Thema bemühten, auch innerhalb der Türkei organisierten, versuchte die mittlerweile zivile Regierung zunächst, die Probleme zu ignorieren, später versuchte sie es dann, mit dem Ziel, sich vor der massiven Kritik zu retten, mit einer neuen Methode. Ohne die geschehenen Menschenrechtsverletzungen zu leugnen, versuchte man, indem man sie als Taten Einzelner hinstellte, das Problem einigen verwirrten Staatsbediensteten zuzuschreiben. Da die für das Thema Menschenrechte sensiblen Kreise in und außerhalb der Türkei trotzdem die Regierenden als Verantwortliche aufzeigten, unterschrieb die Regierung auch internationale Verträge, die die Folter verbieten und akzeptierte zusätzlich das individuelle Beschwerderecht beim Europarat.

Jedoch obwohl die Anti-Folterkonvention der UN und die euro-

päische Anti-Folterkonvention, die durch die Unterzeichnung Gesetzeskraft erhielten und nicht der Verfassung widersprechen, seit 1988 bis heute in Kraft sind, hat, ebenso wie die entsprechenden Paragraphen von den Gerichten bis heute nicht angewendet wurden, auch die Regierung die in den Abkommen festgelegten wirksamen Gesetzes- und Verwaltungsvorkehrungen nicht getroffen.

– Nach den Paragraphen über die bedingte Freilassung, die sich in dem im April 91 in Kraft getretenen Terrorbekämpfungsgesetz befinden, wurden sehr viele politische Gefangene freigelassen. Sogar die Paragraphen 140, 141, 142 und 143 des türkischen Strafgesetzbuches wurden aufgehoben. Können diese Maßnahmen der Regierung als positiver Schritt gewertet werden?



Protest gegen die Zwangsverlegung der politischen Gefangenen nach Eskisehir.

OBERDIEK: Das als Antiterrorgesetz bekannte Gesetz Nr 3713 vom 12. April 91 ist ziemlich komplex. Mit diesem Gesetz werden nicht nur Neuerungen für das StGB gebracht, auch Paragraphen vieler anderer Gesetze wie des Vereinsgesetzes, des Parteiengesetzes, des Vollstreckungsgesetzes erfahren eine Veränderung. Dieses Gesetz, mit dem versucht wurde, Probleme wie die Themen Hinrichtung und Amnestie, der Begriff Meinungsvergehen und das Verbot der kurdischen Sprache mit einem Mal zu lösen, hat neben einigen positiven

Seiten eine Menge neuer Probleme mit sich gebracht.

Obwohl die meisten der alten Gefangenen des 12. September (die seit 1980 einsitzen-TI) freigelassen wurden, konnten diejenigen noch nicht von den Paragraphen zur bedingten Freilassung profitieren, die nach dem 125 verurteilt wurden, der gegen Mitglieder linker Organisationen mit kurdischer Herkunft angewendet wird. Außerdem gibt es in dem neuen Gesetz Entwicklungen, die in höchstem Maße besorgniserregend sind. Es wird nahezu völlig unmöglich gemacht, Beamte, die bei der Verfolgung von Terrorvergehen Verbrechen begehen, vor Gericht zu bringen. Die Sicherheitskräfte, die sich so vom Staat geschützt fühlen, treten jetzt noch unbeschwerter die Rechte der Menschen mit Füßen.

– Gibt es Ihrer Meinung nach bei den Verlegungen in das Spezialtyp Gefängnis von Eskisehir einen Zusammenhang mit diesem Gesetz?

OBERDIEK: Betrachtet man Pargr. 16 dieses Gesetzes, so werden nunmehr verurteilte und angeklagte Gefangene, die wegen als Terror bewerteter politischer Aktionen ins Gefängnis kamen, keinen offenen Besuch mehr haben können (in türkischen Gefängnissen übliche Besuchsform, bei der sich Gefangene und Besucher in bestimmten Räumen oder im Hof offen für

Fortsetzung Rückseite

Nachrichten aus Cumhuriyet

In den Nachrichten aus Cumhuriyet tauchen immer wieder die Begriffe Terroristen für Mitglieder der PKK oder für Mitglieder türkischer revolutionärer Organisationen auf. Diese Wortwahl entspricht nicht der Meinung der Redaktion, ist aber bei der Wiedergabe der Nachrichten nicht ganz zu vermeiden, will man die Nachrichten (und die Bewertung der Kämpfe von Linken und Kurden durch die Presse) nicht verfälschen. Ebenso ist der Wahrheitsgehalt der Nachrichten aus Kurdistan, vor allem was die Toten auf Seiten der Sicherheitskräfte angeht, anzuzweifeln. Bei der Zeitung Cumhuriyet handelt es sich um eine liberale, kemalistische Tageszeitung, die vergleichsweise seriösen Journalismus betreibt, die aber, wie alle anderen Tageszeitungen auch, staatstragend ist.
Die TI-Redaktion

9.12.91

DEMIREL: KURDISCHE REALITÄT

Demirel: Die Einheit der Türkei können wir durch die Gleichbehandlung der Menschen anderen Ursprungs bewahren. Zu den Menschen hier, die sich 'Menschen kurdischer Herkunft' nennen, sagen wir, sie haben eine kurdische Identität. Es ist nicht mehr möglich, das zu leugnen. D.h. die Türkei hat die kurdische Realität anerkannt und das ist das wichtigste Ereignis des letzten Jahres.

ZIVILE ODER MILITÄRISCHE AUTORITÄT IM SÜDOSTEN ?

Der Gouverneur von Mardin stellte an Demirel auf seiner Südostreise die Frage: Haben wir hier eine zivile oder eine militärische Autorität, das ist nicht klar? Generalstabschef Güres sagte darauf, so daß es Demirel und İnönü hören konnten: Der Herr Gouverneur hat sich wohl versprochen.

10.12.91

25 VERDÄCHTIGE TODESFÄLLE

Der Menschenrechtsverein in Diyarbakir verfaßte einen Bericht über 25 Todesfälle innerhalb der letzten 6 Monate, die den Contra-Guerilla zugerechnet werden. Er weist in einem Memorandum über Menschenrechte an die türkische Regierung auf diesen Bericht hin. Die verbrannte Leiche des Studenten Murat Özsat, die aus einem Grab in Gaziantep ausgegraben wurde, wird in diesem Bericht als der letzte Mordfall mit unbekanntem Täter bezeichnet.

NEUES GEFÄNGNIS IN DIYARBAKIR

Auf Anweisung des Justizministeriums sucht die Staatsanwaltschaft in Diyarbakir nach einem geeigneten Grundstück zum Bau eines speziellen Gefängnisses für gefährliche Straftäter mit einer Kapazität für 25 000 Gefangene.

12.12.91

BOMBENANSCHLAG AUF GEDENKVERANSTALTUNG DER ZEITUNG HÜRRIYET

Auf einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Todestages des Gründers der Zeitung Hürriyet an seinem Grab explodierte eine Bombe mit hoher Sprengkraft. Durch eine Verspätung der Veranstaltungsteilnehmer wegen des Schnees wurde niemand verletzt. Bisher gab es noch keine Bekenner.

STAAT BRICHT KEINE LÄDEN MEHR AUF

In Batman schritten die Sicherheitskräfte nicht gegen die ca. 15000 Einzelhändler ein, die aus Protest gegen die Ermordung eines Süryani (altsyrische Christen-TI) namens Mihail Bayir in İdil durch Kontr-Guerilla ihre Geschäfte schlossen. Auch im Bezirk Gercüs blieben die Geschäfte geschlossen. Der Gouverneur von Batman, Seckin, erklärte dazu: Wir schreiten nicht ein...Wir werden nicht wie früher die Läden der Händler, die ihre Geschäfte schließen, mit Schmiegehämmern oder Brechstangen aufbrechen. Auch bei einem Forum an der Cukurova Universität, bei dem PKK-Anhänger türkische und kurdische Parolen riefen, wurde nicht eingeschritten. Innenminister Sezgin antwortete auf die diesbezüglichen Fragen der Journalisten: Warum sollten wir einschreiten!

KAMPAGNE FÜR TEZTEL

Der Zeitgenössische Journalistenverein eröffnet eine Unterschriftenkampagne zur Freilassung der Journalistin Deniz Teznel, die seit ca. 6 Monaten im Gefängnis auf ihren Prozeß wartet (wegen angeblicher Kurierdienste für eine illegale Organisation bei der Vorbereitung zu einem Attentat auf einen General-TI). Frau Teznel war in Eskisehir inhaftiert und wurde nach der Leerung des Gefängnisses nach Cankiri verlegt.

13.12.91

PROFESSIONELLE ARMEE

Die türkischen Streitkräfte werden im nächsten Jahr umfassend modernisiert. 1992 werden 100 000 Soldaten entlassen werden und 50 000 Berufssoldaten im Status eines Fachunteroffiziers werden eingestellt. Die Fachunteroffiziere erhalten 1,8 Mio TL Lohn, wenn sie im Südosten stationiert sind 3 Mio TL (ca 1000 DM), sowie zusätzlich Prämien. Der Pflichtmilitärdienst bei Freikauf vom Dienst wird auf 1 Monat gesenkt.

HUNGERSTREIK IN MALATYA BEENDET

Der seit 29 Tagen andauernde Hungerstreik von 55 Gefangenen im E-Typ Gefängnis Malatya aus Protest gegen die Verlegungen nach Eskisehir und gegen das Nichtzugestehen der in einem vorherigen Hungerstreik erkämpften Rechte wurde gestern nach einem Gespräch mit Vertretern der HEP und des Menschenrechtsvereins beendet.

BEDINGTE FREILASSUNG FÜR DROGENKRIMINELLE UND VERGEWALTIGER

Nachdem das Verfassungsgericht den Paragraphen des Anti-Terrorgesetzes aufgehoben hat, der eine bedingte Freilassung für Drogenkriminelle und Vergewaltiger erschwert, werden diese Straftäter nun nach Absitzen von einem Fünftel ihrer Strafe (anstelle bisher 1/3) bedingt freigelassen.

KONTRA-GUERILLA PROTEST IN BATMAN

Die vorgestern in Batman und Umgebung begonnenen Protestaktionen gegen die politischen Morde mit unbekanntem Täter dauerten auch gestern an. Die Läden blieben geschlossen, auf einer von Studenten organisierten Kundgebung wurde eine US-Fahne verbrannt. Die Polizei nahm 20 Studentinnen fest.

14.12.91

25 000 BÜCHER FREIGEgeben

Kulturminister Saglar gab 25000 im Staatstheater gelagerte verbotene Bücher frei. Unter den Büchern befinden sich u.a. folgende Schriftsteller: Yasar Kemal, Fakir Baykurt, Kemal Tahir, Aziz Nesin, Nazim Hikmet, Panait Istrati, Maxim Gorki, John Steinbeck.

FOLTERREHABILITATIONS-ZENTRUM

Heute eröffnet offiziell die Istanbuler Vertretung der Menschenrechtsstiftung. Bisher gibt es 32 Anträge auf Behandlung an das Folterrehabilitationszentrum der Stiftung, darunter 4 Frauen, ein Transvestit und ein 9-jähriges Kind. Das Kind, das seinen Vater jahrelang nur hinter Gittern gesehen hat, kann seit der bedingten Freilassung des Vaters keine Nacht mehr schlafen, aus Angst, daß der Vater wieder abgeholt wird.

DEMIREL'S BERATER

Demirel ernannte Namik Kemal Zeybek zu seinem führenden Berater und Botschafter. Zeybek war vor 1980 Mitglied der faschistischen MHP gewesen und nach dem Putsch wegen seiner Aktivitäten in dieser Partei (wegen Mordvorwurf-TI) mit der Forderung nach Todesstrafe vor Gericht gestellt, später aber freigesprochen worden. Nach seinem Eintritt in die ANAP war er Kulturminister unter Özal und unter Akbulut. Vor den Wahlen vom 20.10 trat er aus der ANAP aus und in die DYP ein, konnte aber aus formalen Gründen nicht kandidieren.

LETZTE VORBEREITUNG FÜR TERRORPAKET

Das Lösungspaket der Regierung zum Thema Südosten und Terror befindet sich in der letzten Vorbereitung und wird am 24.12. dem Parlament vorgelegt. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung der Region wurde ein Schwerpunkt auf die Umstrukturierung der Befehlsgewalt über die Sicherheitskräfte sowie auf die Entwicklung des Geheimdienstes gelegt. Das Paket sieht die schrittweise Aufhebung des Ausnahmezustandes vor. Das 33 500 Dorfwächter umfassende Milizsystem soll vorerst beibehalten werden. Die umstrittenen Spezialteams sollen schrittweise aus der Gegend abgezogen und an ihrer Stelle Soldaten eingesetzt werden.

TOD NACH FESTNAHME

In einem Dorf bei Idil wurden die Leichen des Bürgermeisters und sei-

nes Neffen gefunden, die einen Tag zuvor festgenommen worden waren.

15.12.91

VERHAFTUNG WEGEN LADENSCHLISSUNG

Entgegen der Worte des Gouverneurs von Batman, Seckin, man werde nicht gegen die Schließung von Läden aus Protest einschreiten, wurden in Gercüs 7 festgenommene Einzelhändler wegen des Vergehens des Versuches einer gemeinschaftlichen Aktion verhaftet. Seckin erklärte daraufhin, daß dies außerhalb der Initiative der Verwaltung geschehen sei und man sich nicht in die Entscheidung des Gerichts einmischen könne.

VORFÄLLE BEI BEERDIGUNG

Die Beerdigung des Bürgermeisters und seines Neffen in Idil, die nach ihrer Festnahme tot aufgefunden worden waren (sie hatten verlangt, daß ihre Häuser, die als Polizeistation benutzt wurden, freigegeben würden), wandelte sich zu einer Kundgebung. Die etwa 10 000 Teilnehmer trugen Fahnen der PKK und riefen PKK-Parolen.

16.12.91

PKK-SHOW AUF DEM HEP KONGRESS

Auf dem gestern stattfindenden Parteikongreß der HEP erhielt die als Gast anwesende Mutter des PKK-Führers Apo den größten Beifall. Während des gesamten Kongresses wurden Parolen wie 'Es lebe die PKK, es lebe Kurdistan, es lebe Apo' gerufen. Die mit großem Jubel empfangene SHP Abgeordnete Leyla Zana (vormals HEP-TI) küßte Apos Mutter die Hand.

PREISERHÖHUNGSPAKET

Im Zuge der wirtschaftlichen Stabilisierungsmaßnahmen werden heute die Preise für Produkte staatlicher Firmen (KIT) um durchschnittlich 30 % erhöht. Die Erhöhungen, die ca 55-60 Trill.TL bringen sollen, betreffen u.a. Ölprodukte, Tee, Zucker, Alkohol, Zigaretten und Postdienste.

17.12.91

SCHULDENPAKET

Die Außenschulden der Türkei sind im Zeitraum 1980 bis 90 um 157 % auf 49 Mrd.Dollar gestiegen (1980 19,1 Mrd Dollar). Das Finanzierungsdefizit, das die Türkei ab Jahresende decken muß, beträgt 72,2 Trill. TL. Die Staatskasse will diese Summe zum

größten Teil aus Wechselverkäufen, Obligationsemissionen und aus Quellen der Zentralbank, kurzfristigen Krediten und neuen Außenschulden decken.

HARTE REAKTION AUF PKK-SHOW

Die politischen Führer, allen voran die DSP protestierten gegen die PKK-Show auf dem in Ankara abgehaltenen HEP-Parteikongreß und brachten ihre Besorgnis zum Ausdruck, daß die separatistische Bewegung jetzt in die Hauptstadt umgezogen sei, so Ecevit. Dafür seien die SHP und Özal verantwortlich. DSP Generalsekretär Sönmez sagte, die PKK sei eine Terrororganisation mit Blut an den Händen und die HEP sei die politische Verlängerung der PKK.

UNTERSCHIEDLICHE METHODEN DER HEP UND DER PKK

Der auf dem Parteikongreß gewählte neue Vorsitzende der HEP Feridun Yazar erklärte, daß die PKK den bewaffneten Kampf der Kurden führe. Wir arbeiten mit der Form des demokratischen Kampfes. Beide Kämpfe sind auf das kurdische Volk ausgerichtet, aber unsere Methoden sind unterschiedlich.

5 VERLETZTE BEI AUSEINANDERSETZUNGEN AN YILDIZ-UNIVERSITÄT

Bei Auseinandersetzungen zwischen linken Studenten und einer Gruppe namens Muslimische Jugend an der Yıldiz-Universität in Istanbul wurden fünf Personen der Muslimjugend durch Molotovcocktails verletzt. Die Kantine und Mensa wurden bei der Auseinandersetzung zerstört. Bereits in der letzten Woche hatte es ähnliche Auseinandersetzungen gegeben, bei denen 5 linke Studenten durch Steinwürfe verletzt worden waren.

BAUERN WURDEN GEZWUNGEN, STROH ZU ESSEN

In Akbag/Mardin behaupten die Dorfbewohner, daß der Unteroffizier Mehmet Göcmen sie Repressionen ausgesetzt habe, als sie sich weigerten Dorfwächter zu werden. Er habe sie gezwungen, sich gegenseitig mit der Waffe zu bedrohen. Er ließ sie Löcher graben und zwang sie Stroh zu essen. Dabei sagte er: Diese Gruben werden eure Gräber sein.

18.12.91

HEP-PKK DISKUSSION WEITET SICH AUS

Inönü erwähnte gestern auf der Fraktionssitzung der SHP die aus der

HEP kommenden SHP-Abgeordneten wegen ihrer Teilnahme am HEP-Partei Kongreß. Dies habe in der Öffentlichkeit falsche Eindrücke hervorgerufen. Die aus der HEP kommenden SHP Abgeordneten erklärten, daß es normal sei, daß sie an dem HEP Kongreß teilgenommen hätten. Sedat Yurttas und Orhan Dogan vertraten, daß die PKK keine Terrororganisation sei. Demirel erklärte im Rahmen der Diskussion um die PKK, daß die Kurden eine ethnische Gruppe seien, deren Rechte man anerkennen müsse. Ecevit beschuldigte İnönü, über die HEP die PKK ins Parlament zu bringen.

IPI FORDERT FREILASSUNG VON DENIZ TEZTEL

Das internationale Presseinstitut IPI fordert in einem Brief an Demirel die Freilassung der seit 6 Monaten wegen Verbindungen zu der illegalen Organisation Dev Sol inhaftierten Journalistin Deniz Tezfel. Die Journalistin beim Menschenrechtsservice der Tageszeitung Günes war am 28 Juni festgenommen worden und ist bis heute noch nicht vor Gericht gestellt worden. Ihre Anwälte haben immer noch keine schriftliche Anklage erhalten.

19.12.91

GROSSE JUSTIZREFORM

Der Gesetzentwurf des Justizministeriums beinhaltet breite Verbesserungen bei der Polizeihaft, Untersuchungshaft und Anklage:

1. Die Dauer der Polizeihaft sinkt bei normalen Vergehen auf 24 Stunden, bei Mehrfachvergehen auf 4 Tage.

2. Angeklagte in U-Haft, für die nicht innerhalb von 4 bzw. 6 Monaten eine Anklageschrift vorbereitet wird, werden vom Gericht automatisch freigelassen.

3. Angeklagte in U-Haft, deren Prozeß noch nicht beendet ist, werden nach spätestens 2 Jahren freigelassen.

4. In jeder Stufe der Untersuchung einschließlich Polizeiverhör kann ein Anwalt zugezogen werden.

5. Anwälte können sämtliche Akten einsehen.

ERSTES VETO VON ÖZAL AN DEMIREL

Özal schickte das im Parlament beschlossene Gesetz, das die Verschiebung der in einigen Bezirken anstehenden Kommunalwahlen vorsieht ohne seine Zustimmung an das Parlament zurück, nachdem er 8 Tage auf Antwort warten ließ. Mit dieser Entscheidung Özal's wird in 4

Provinzen und in Bakirköy/Istanbul am Sonntag gewählt.

ARBEITSRECHT DER FRAUEN IMMER NOCH VOM EHEMANN ABHÄNGIG

Bereits vor einem Jahr hatte das Verfassungsgericht das vor 65 Jahren eingeführte Gesetz aufgehoben, nach dem Frauen nicht ohne das Einverständnis ihres Ehemannes arbeiten dürfen. Damit diese Entscheidung des Verfassungsgerichtes in Kraft tritt, muß sie in dem offiziellen Amtsblatt veröffentlicht werden. Dies ist bisher nicht geschehen.

PARLAMENTSKOMMISSION FÜR TORAMAN

Bei der Menschenrechtskommission des Parlamentes wird eine Untersuchungskommission gebildet, die sich mit dem Verschwinden von Hüseyin Toraman beschäftigen soll, der von der Polizei festgenommen worden war und seitdem vermißt wird. Der Chef des Amtes für Sicherheit und Ordnung Canca erklärte, daß gegen Toraman ein Haftbefehl wegen illegaler Flugblätter und Demonstration vorliege. Entgegen anderweitiger Aussagen behauptet Canca, daß sowohl das Polizeipräsidium von Istanbul als auch von Kocaeli bestreiten, Toraman festgenommen zu haben.

GEFÄNGNISSTATISTIK

Das Justizministerium veröffentlichte folgende Zahlen über die Belegung der Gefängnisse:

Anzahl der Gefangenen: 26 705
davon verurteilte Gefangene : 10 311
davon Untersuchungsgefangene: 16 349

Anteil der Frauen: 866

Anteil der Kinder: 1 405

Davon verurteilte Kinder: 305

Anteil politische Gefangene (Anarchie und Terror): 1 488

Davon polit. Gefangene in U-Haft: 1 125

Davon polit. verurteilte Gefangene: 363

20.12.91

NEUJAHRSGESCHENK: PREISERHÖHUNGEN

Seit dem 19. Dezember 91 sind die Preiserhöhungen für Produkte des öffentlichen Sektors (KIT) in Kraft getreten. Sie betragen zwischen 9 und 48%. Die größte Preissteigerung mit 48% gilt für Propangasflaschen. Die Mehreinnahmen aus den fünf wesentlichen Preiserhöhungen berechnen sich auf 5 Trillionen TL. Erhöht wurden die Preise für Erdölprodukte, Alkohol, Tabak, Strom, Tee und Zucker.

100.000 STÄDTISCHE BEDIENSTETE BEFÜRCHTEN ENTLASSUNG

Die Weiterbeschäftigung von 100.000, vorübergehend bei der Stadt Beschäftigten, hängt nach einem Dekret der ANAP-Regierung ab Anfang '92 von der Genehmigung des Innenministeriums ab.

15 000 DEMONSTRIEREN IN NUSAYBIN

Wieder Mord durch 'Unbekannte'. An dem Trauerzug für den Arbeiter Hayrettin Cetin, der am 18.12.91 auf dem Heimweg durch unbekannte Täter ermordet wurde, beteiligten sich ca. 15 000 Menschen. Die TeilnehmerInnen riefen Parolen wie 'Tod der Contra-Guerilla', 'Gefallene sind nicht tot', 'Serok Apo' ('Führer Apo' ;TI), 'Die Contra-Guerilla wird zur Rechenschaft gezogen'. Kurdische Fahnen und ERNK-Symbole wurden getragen.

21.12.91

NEUE SCHULBÜCHER

Das Ministerium für Nationale Erziehung kündigte an, daß die Schulbücher, vor allem der Fächer Geographie und Geschichte, geändert werden, um sie den auch von der Türkei unterschriebenen internationalen Vereinbarungen anzupassen. Zu der Frage, ob auch die Kurden Platz in den Schulbüchern bekommen würden, sagte er: "Einige Realitäten können durch Nichtigwerden beseitigt werden. In der Türkei leben 27 ethnische Gruppen. Wir sollten uns nicht davor scheuen, dies auch zu erwähnen. Davon in Büchern zu reden, heißt nicht, daß 27 verschiedene Staaten zu bilden sind."

SPANNUNGEN IN NUSAYBIN GEHEN WEITER

Aus Protest gegen die Ermordung Hayrettin Cetins wurden Läden und Betriebe geschlossen, Taxifahrer streikten ebenfalls. Menschen, die die Familie des Ermordeten besuchen wollten, wurden von Sicherheitskräften daran gehindert. An einer Barrikade eröffneten die Sicherheitskräfte das Feuer, dabei wurde eine Person getötet, eine schwer verletzt. Ein 13jähriger Junge wurde von einem Panzer angefahren.

KLEIDUNGSVORSCHRIFTEN IM TÜRKISCHEN PARLAMENT

Nach der Erklärung des Parlamentsvorsitzenden Cindoruk ist es für Bedienstete und Besucher verboten, mit Käppchen, Turban oder einem Talar, wie ihn islamische Geistliche tragen, im Parlament zu erscheinen.

VERBOT VON BEAMTENGWERKSCHAFTEN

Das 10. Kammergericht beschloß in dem Prozeß um die Auflösung der Gesundheitsgewerkschaft, daß Beamte kein Recht auf die Gründung einer Gewerkschaft haben und bestehende Gewerkschaften nur noch als Vereine weiterexistieren dürfen. Das letzte Wort hat dabei allerdings die Regierung, die den ILO-Bestimmungen zuwiderlaufende Gesetze und Regelungen abschaffen und entsprechend neue Gesetze erlassen will.

25.12.91

NOCH EINE STRAFE FÜR BESIKCI

Der Soziologe und Schriftsteller Dr. Ismail Besikci wurde wegen seines, in der Wochenzeitschrift Yeni Ülke erschienenen Artikels mit dem Titel 'Die Beteiligung der kurdischen Frau am Guerillakampf' zu 12 Monaten Haft verurteilt.

PKK-MILITANTE SPERREN DIE STRASSE NACH SOLHAN

Die Spannungen wegen des Todes von 5 PKK'ern setzen sich in Kulp/Diyabakir fort. 3000 Menschen, die sich auf dem Weg nach Solhan befanden, wurden erst nach genauester Durchsuchung durch die Sicherheitskräfte weitergelassen. Einen Kilometer weiter kontrollierte die PKK ihre Personalien.

KURDISCHES INSTITUT

Laut Erklärung des Kulturzentrums Mesopotamien wird ein kurdisches Institut gegründet. Zu diesem Zweck wurde eine Initiativkommission unter Leitung von Dr. Ismail Besikci gebildet.

AUSEINANDERSETZUNGEN IM SÜDOSTEN: 10 TOTE

In den Kreisen Kulp und Lice bei Diyarbakir kamen bei den Auseinandersetzungen um die getöteten PKKler 10 Menschen ums Leben, darunter 3 Gendarmen. Bei einer unerlaubten Demonstration kam es zu bewaffneten Übergriffen. Es wird befürchtet, daß es noch mehr Tote gegeben hat.

Vertreter der HEP und der SHP berichten: "Es wurde versprochen, daß die sich auf der Brücke befindlichen Menschen nach Kulp durchgelassen würden. Als wir uns der Brücke näherten, sahen wir, wie die Sicherheitskräfte das Feuer eröffneten. Wir kehrten zurück nach Kulp, erzählten aber nichts, um eine Panik zu vermeiden. Um 15 Uhr versammelten sich die Einwohner von Kulp

am Ortseingang, um die Toten zu empfangen. Es erschien aber ein Spezialteam. Sie verprügelten die Leute mit Schlagstöcken. Sie hörten nicht auf uns und auch nicht auf die Anweisungen des Innenministeriums und des Gouverneurs. Auch an dieser Stelle eröffneten sie das Feuer."

26.12.91

ENTSETZEN IN ISTANBUL: 11 TOTE

Eine Gruppe von 20 bis 25 PKK-Anhängern hat ein Kaufhaus in Bakirköy/Istanbul überfallen und in Brand gesetzt. Das Kaufhaus gehörte dem Bruder des Supergouverneurs des Ausnahmezustandsgebietes. Die Gruppe sperrte die Straßen, rief Parolen wie "Es lebe Kurdistan" und bewarf Bankfilialen und große Kaufhäuser mit Molotov-Cocktails. In den Kaufhäusern befanden sich zahlreiche Menschen. Im Erdgeschoss breitete sich ein Feuer aus und es entstand eine große Panik. Ca. 200 Kunden versuchten in die oberen Stockwerke zu gelangen. 11 Menschen kamen durch Verbrennungen, durch Ersticken und Zerquetschung ums Leben. Auch der Neffe des Supergouverneurs Cetinkaya starb. Es gab 20 Verletzte. Ein Teil der Angreifer konnte gefaßt werden. 70 Verdächtige wurden festgenommen.

PKK GRIFF POLIZEIATION AN

Eine ca. 250 Köpfe zählende PKK-Einheit griff am Vorabend das Gendarmeriekommando in der Nähe eines Dorfes in Sirnak an. 3 Offiziere und 6 Soldaten starben, 13 Soldaten wurden verletzt und 4 Offiziersanwärter werden vermisst.

ROLLÄDEN GESCHLOSSEN

Aufgrund der Vorfälle in Kulp und Lice/Diyarbakir, bei denen 11 Menschen ums Leben kamen, haben in 9 Kreisen alle Betriebe geschlossen.

TÜRKES: BEREITET EUCH AUF DEN KRIEG VOR

Zu den jüngsten Vorfällen im Südosten und in Istanbul sagte Türkes, als Vorsitzender der neu gegründeten 'Partei der demokratischen Bewegung': "Im Südosten sind wir mit einem Krieg konfrontiert. Jeder ist davon zu unterrichten. Im Osten und Südosten kann das Kriegsrecht ausgerufen werden."

HEP: ZU DEN JÜNGSTEN VORFÄLLEN

Der Vorsitzende der HEP, F. Yazar, vertrat die Meinung, daß die Sicher-

heitskräfte seit Beginn der Demokratisierung zum Angriff im Südosten angetreten sind. Er sagte: "Wir fordern das der Terror gestoppt wird. Es gibt Wirkung und Reaktion. Massaker werden stattfinden."

"TERRORFREI" IN SCHULEN

Viele Schulen in den 13 Provinzen des Ausnahmezustandsgebietes sind geschlossen. 719 wegen direkter Gefährdung des Lebens, 85 wurden von der PKK niedergebrannt, 83 wegen fehlender Sicherheitsvorkehrungen, 130 wegen zu wenigen SchülerInnen. Damit erhalten 27.000 SchülerInnen keine Schulbildung. Die PKK hat bis jetzt 23 Lehrer getötet.

PKK-STREIT IM PARLAMENT

Die Debatte über Terrorismus und Innere Sicherheit wurde in einer gespannten Atmosphäre geführt. Als der stellvertretende SHP-Fraktionsvorsitzende Alinak (ein ursprüngliches HEP-Mitglied) in seiner Rede sagte, "Vor einigen Tagen starben in Digor zwei unserer Brüder. Einer war Soldat, der andere PKK'ler.", wurde er vom Leiter der Plenarsitzung aufgefordert, das Rednerpult zu verlassen. Darauf zertraten einige DYP-Abgeordnete Alinak von der Bühne.

Die DYP-, SHP- und ANAP-Redner waren sich bei der Debatte einig, daß der Ursprung des Terrorismus im Ausland läge.

DIYARBAKIR: EINE TOTE STADT

Seit 2 Tagen gibt es eine angespannte Situation in Diyarbakir. Die Läden haben geschlossen. Die Schulen ebenfalls, weil die SchülerInnen nicht in die Schule kamen. Vor den wenigen geöffneten Bäckereien gibt es lange Schlangen. Für die Sicherheitskräfte gibt es eine Urlaubssperre. An strategisch wichtigen Punkten stehen Spezialteams. Bei verdächtigen Personen werden die Personalien überprüft. Das Leben im Südosten ist lahmgelegt. Die Reaktionen auf die Vorfälle in Kulp und Lice setzen sich verbreitert fort.

28.12.91

HEP-VORSITZENDER

"Wir sind gegen jede Art von Gewalt. Egal von wem sie ausgeht, ob von den Spezialteams oder der PKK. Die PKK ist ein Phänomen außerhalb unserer Partei."

STREIKJAHR 1991

Im Jahr 1991 fanden 389 Streiks statt. 3.717.774 Arbeitstage gingen verloren.

3 Tote in Istanbul



Wieder Marsch auf Ankara

Der Marsch der städtischen ArbeitnehmerInnen aus Izmir, von dort nach Ankara, den sie aus Protest gegen ihre Entlassung durch den Bürgermeister Yüksel Cakmur (SHP) am 7. Januar angetreten haben, dauert weiterhin an. Am 23. Tag des Marsches haben die ArbeitnehmerInnen 530 km zu Fuß zurückgelegt. Der Marsch von 200 ArbeiterInnen nach Ankara wird immer mehr zu einer Protestaktion von tausenden von ArbeiterInnen, je mehr sie sich Ankara nähern. Die Familienangehörigen der ArbeiterInnen setzen ihre Solidaritätsaktionen in Izmir fort.
Yeni Ülke vom 2.2.92

"Erst die Menschenrechte"

Fortsetzung von Seite 15

mehrere Stunden treffen-TI) und die Gefangenen, für die es nun verboten ist, miteinander in Kontakt zu treten, werden in Spezialgefängnissen gefangengehalten werden, die nach einem Einzel- oder Dreipersonenzellen-System gebaut wurden. Das heißt, daß die zu Beginn dieses Monats begonnenen Verlegungen nichts anderes sind als die Durchführung des Paragr. 16 des Antiterror-Gesetzes.

Kurz, die im Gefängnis von Eskisehir beobachteten Praktiken müssen, weil der Kontakt unter den Menschen eingeschränkt ist, weil die notwendigen Gesundheitsvorkehrungen nicht im geringsten beachtet werden, nach internationalen Standards als Grausamkeit, als unmenschliche und erniedrigende Behandlung, das heißt als eine Art von Folter betrachtet werden. Man kann sogar sagen, daß

die Regierung, die bis heute behauptet, die Folter sei nicht systematisch, begonnen hat, Folter auf Gesetzesgrundlage durchzuführen.

- In Kürze wird sich die Regierung ändern. Die DYP und die SHP, die jahrelang in der Opposition waren, werden als Koalitionsregierung auch für Menschenrechte verantwortlich sein. Gibt die neue Regierung angesichts ihrer Vorschläge vor und nach den Wahlen, die bis zur Gründung eines Ministeriums für Menschenrechte reichen, Ihrer Meinung nach Hoffnung auf positive Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte?

OBERDIEK: Es ist ziemlich schwierig, für die Zukunft genaue Feststellungen zu treffen. (...) Das Thema Menschenrechte ist in der Türkei ziemlich populär geworden.

Am 27. Januar 1992 überfiel die Polizei in Bakirköy/Istanbul eine Wohnung und erschoss drei Jugendliche. Ismail Cengiz Göznek, Servet Sanin und Hüseyin Yasar hätten nach Angaben der Anti-Terror-Einheiten der Polizei ein Schmuckgeschäft ausgeraubt und seien dann sofort in die Wohnung geflüchtet. Auf die Forderung der Polizei, sich zu ergeben, hätten sie mit Schüssen geantwortet. In Folge der Schießerei die sich daraufhin ereignete, seien sie getötet worden.

Jedoch hat es sich in den nächsten Tagen durch Nachforschungen verschiedener Journalisten ergeben, daß die Angaben der Polizei nicht stimmten. Die Jugendlichen hatten kein Schmuckgeschäft überfallen und wollten sich nach Angaben der Nachbarn ergeben. Aber die Spezialeinheiten gaben ihnen dazu keine Möglichkeit. Auch der Zustand der Wohnung gab kein Anzeichen auf eine Schießerei. Alles deutete darauf, daß die Polizei wieder einmal von ihrem "Recht" Gebrauch gemacht hatte, Verdächtige einfach zu erschießen, das das neue "Anti-Terror-Gesetz" der Polizei gab. Einer der Jugendlichen studierte an der Fakultät für Chemie und war vor 6 Monaten in Polizeihaft gewesen. Einer seiner Freunde erzählte, er hätte ihm zuletzt erzählt, wie die Polizei ihn zu einer Zusammenarbeit zwingen wollte, nachdem er aus der Haft entlassen wurde. Er hätte abgelehnt.

Yeni Ülke vom 2.2.92

Alle Parteien, die an den Wahlen teilgenommen haben, haben zu diesem Thema Gedanken geäußert, die als positiv bezeichnet werden können. Aber um die Menschenrechtsverletzungen beseitigen zu können, die wie die Folter zu einem Teil des Systems geworden sind, werden lediglich schöne Worte nicht ausreichen. Auch wenn radikale Maßnahmen getroffen werden, ist es schon schwierig, sich vorzustellen, wie diese verwirklicht werden sollen.

Es ist meiner Meinung nach zweifelhaft, ob die neue Regierung aufgrund der Probleme wie der äußeren und inneren Probleme, in denen sich die Türkei befindet, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der parteiinternen Streitereien usw. einen großen Schwerpunkt auf das Menschenrechtsproblem legen wird.